

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Abend-Zeitung. 1949-1951 1949

45 (21.9.1949)

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 7150-53, Bankkonten: Badische Bank, Karlsruhe; Badische Kommunale Landesbank, Karlsruhe; Südwestbank, Karlsruhe; Städt. Sparkasse, Karlsruhe. Postscheck: Verlag AZ Badische Abendzeitung, Karlsruhe, Nr. 19 800

Heimatzeitung
für Stadt und Land

Erscheint täglich außer Sonntags. Erfüllungsort: Karlsruhe. Monatsbezugspreis 2.40 DM zuzüglich 40 Pfennig Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfennig bei Postzustellung. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Anzeigenrundpreis: Die 12gespaltene Millimeterzelle 25 Pfennig.

1. Jahrgang / Nummer 45

Karlsruhe, Mittwoch, den 21. September 1949

Einzelpreis 15 Pfg.

Was sagt das Ausland zu Adenauer? Erstes Echo auf die Regierungserklärung

Ausgesprochene Rechtsregierung

PARIS (dpa). Die von Dr. Adenauer gebildete Regierung wird von der Pariser Mittwochvormittagspresse als eine ausgesprochene Rechtsregierung bezeichnet. „Wir finden in ihr Liberale“, schreibt der „Figaro“, „die wesentlich konservativer sind als unsere Radikalsocialistischen, christl. Demokraten, die ziemlich reaktionär sind und weit klerikaler als unsere MRP, und schließlich noch zwei Vertreter der Deutschen Partei, die nicht damit hinter dem Berge halten, daß sie rechts eingestellt sind.“

Vom sozialistischen „Populaire“ wird die Regierungserklärung Dr. Adenauers als reaktionär bezeichnet. Das MRP-Organ „L'Europe“ hält am Mittwoch mit einer Stellungnahme zurück. Das Blatt legt in der Aufmachung der Meldung den besonderen Ton darauf, daß die neue deutsche Regierung niemals zur Annahme der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze bereit sein werde.

Das einzige Blatt, das am Mittwochvormittag bereits eine ausführliche eigene Stellungnahme zur Adenauer-Erklärung bringt, ist die gaullistische „Aurore“. Sie erklärt, Adenauer sei ein zweiter Stresemann in seinem Bemühen, Deutschland wieder in die europäische Gemeinschaft zurückzuführen. Die Behandlung der Saarfrage durch den neuen Kanzler habe Geschicklichkeit gezeigt.

Geheimnisvolle Erklärung Eislers

BERLIN (dpa). Die Regierungserklärung Bundeskanzler Dr. Adenauers wurde am Dienstagabend vom Leiter der „Hauptverwaltung für Informationen“ in der Sowjetzone, Gerhart Eisler (SED), scharf abgelehnt. Die politischen Spannungen zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik seien von nicht zu überbietender Schärfe. Die Äußerungen Dr. Adenauers über die Oder-Neiße-Linie und über die Kriegsgefangenenfrage hätten sich nicht abgeschwächt. Eisler erwartet eine Klärung der allgemeinen Situation zwischen Westdeutschland und der sowjetischen Zone „in etwa drei Wochen“. Ueber die Art der Klärung machte Eisler keine Angaben.

Tschechische Flieger nach Deutschland geflohen

WIESBADEN (dpa). Zwei tschechoslowakische Flieger, ein Leutnant und ein Offiziersanwärter, sind in der vergangenen Woche auf dem Flugplatz Erling gelandet. Wie das Hauptquartier der USA-Luftstreitkräfte am Dienstag mitteilt, begründeten die beiden Flieger, deren Namen und Aufenthaltsort noch geheimgehalten wird, ihre Flucht aus der Tschechoslowakei damit, daß sie mit dem dortigen Regime unzufrieden seien.

Sich selbst an den Galgen geliefert

Gefährlicher Namenstausch

NEUENBURG. (dpa). Der ledige Schneidergeselle Alois Glaser wurde jetzt in Neuenburg bei Pforzheim zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich den Namen Hörmann Kaiser zugelegt hatte, um unerkannt zu bleiben, da er einige kleinere Straftaten auf dem Kerbholz hatte. Mulmig wurde die Angelegenheit jedoch für ihn, als er erfahren mußte, daß sein Pseudonym identisch mit dem Namen eines lange gesuchten ehemaligen SS-Führers aus dem KZ-Lager Auschwitz war. Das wackere Schneidertel hielt jedoch aus Furcht, noch mehr belastet zu werden, still und ließ sich zum Tode verurteilen. Als es jedoch ans „Hängen“ ging, protestierte er und gab seinen richtigen Namen an. Er erhielt zunächst wegen dieses Vergehens sowie wegen einer weiteren Urkundenfälschung lediglich eine Geldstrafe. Da er jedoch das Weite ergriff und noch einen Einbruch in Höfen tätigte, mußte er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden.

Heute spricht Schumacher

Generaldebatte soll bis Montag dauern

BONN. (dpa). Der erste Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag, Dr. Kurt Schumacher, wird am Mittwochnachmittag vor dem Bundestag als erster Redner zur Regierungserklärung Stellung nehmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung im Ältestenrat, soll die Redezeit der Fraktionsvorsitzenden zur Abgabe ihrer Erklärungen über die Haltung ihrer Partei zur Regierung eine Stunde betragen. Man will jedoch die Redezeit „nicht kleinlich“ bemessen.

Die SPD-Fraktion ist unmittelbar nach der fünften Sitzung des Bundestages zusammengetreten, um die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die bevorstehende Antwortrede des sozialdemokratischen Sprechers zu erörtern. — Dr. Schumacher wird, trotz seiner Behinderung vom Rednerpult aus die Oppositionserklärung geben, das für diese Gelegenheit einen Stuhl erhalten wird. Auch die Mikrofonanlagen des Rednerpultes werden zur Aufnahme der Schumacher-Rede vorliegt werden.

Es wird damit gerechnet, daß die Generaldebatte über die Regierungserklärung am

kommenden Montag beendet wird. Später soll die normale Arbeitswoche des Bundestages am Dienstag beginnen und möglichst am Freitag enden.

Löbe: Arbeiterschaft vergessen?

BERLIN. (dpa). Der Berliner Vertreter im Bundestag Alterspräsident Löbe (SPD) kritisiert im britisch-lizenzierten „Telegraf“ die Regierungserklärung Dr. Adenauers. Der Bundeskanzler habe sich für eine Förderung des Mittelstandes ausgesprochen, jedoch den Arbeiterstand und die Gewerkschaften nicht genannt. Er sei ferner viel zu wenig auf den Lastenausgleich eingegangen, habe neben der Zwangswirtschaft auch die Planwirtschaft abgelehnt, und vor den föderativen Tendenzen tiefe Verborgungen gemacht.

Unternehmerverband verbietet Arbeiterhilfe

STUTTGART. (AZ). Die Unternehmer der Metallindustrie in Württemberg-Baden lehnen die Bitte der Betriebsräte um eine Herbstbeihilfe zur Anschaffung des notwendigen Winterbedarfs an Kartoifen und Kohlen mit dem Bemerkten ab, daß die Löhne und Gehälter in Württemberg-Baden ihres Erachtens sehr hoch liegen würden.

In einem Rundschreiben wird von seiten des Unternehmerverbandes an jeden einzelnen Industriellen appelliert, derartige Forderungen der Betriebsräte abzulehnen. In dem Rundschreiben heißt es ferner, der Verband mache besonders darauf aufmerksam, daß bei einer mehrmaligen Gewährung einer sol-

chen Beihilfe sehr unerwünschte Folgerungen entstehen könnten. Die Arbeitnehmer könnten u. U. einen Anspruch auf Bezahlung einer jährlichen Beihilfe erheben.

Die Betriebsräte hatten ihre Bitte damit begründet, daß die Mehrzahl der Arbeitnehmer unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr in der Lage sei, das Notwendigste für die Wintermonate im voraus anzuschaffen. Die Betriebsräte entschlossen sich, dieses Ersuchen an die Unternehmer der württemberg-badischen Metallindustrie zu stellen, weil auch vom Wahlfond der CDU und DVP eine Aufforderung an den Unternehmerverband zur Finanzierung der Wahlvorbereitungen ergangen war.

Erzbischof gegen Innenminister?

KÖLN. Man hört hier, daß der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, lebhaft Befürchtungen über die Personalpolitik des neuen Innenministers geäußert habe, da Dr. Gustav W. Heinemann, Präsident der evangelischen Kirchensynode, als hervorragender Repräsentant der protestantischen Kirche gilt.



Innenminister Dr. Heinemann

Mädchenhandel mit Schönheitskönigin

ROM. (dpa). Die leer ausgegangene englische Teilnehmerin am Schönheitswettbewerb um den Titel „Miss Europa“ in Palermo beklagte sich im Londoner „Daily Herald“ darüber, daß sie im Laufe der Veranstaltung dauernd belästigt worden sei. Man habe sie gezwungen, mit dem Meistbietenden zu soupiieren und andere unsittliche Forderungen an sie gestellt. Der Wettbewerb sei der reinste Mädchenhandel gewesen.

Eine Gruppe von Teilnehmerinnen mit ihren Begleitern hat daraufhin eine Erklärung abgegeben, daß sie in Palermo wider beraubt noch auf dem Markt verkauft worden seien.

Mordprozeß gegen Ilse Koch?

Kommandeuse von Buchenwald durch neue Zeugen schwer belastet

NÜRNBERG (dpa). Der politische Referent des Oberlandesgerichts Bamberg, Dr. Jagomost, teilte am Montag mit, gegen die „Kommandeuse von Buchenwald“, Ilse Koch, liege so viel erdrückendes neues Beweismaterial vor, daß mit einer Anklage wegen Mordes zu rechnen sei. Das Verfahren werde vor dem Schwurgericht Augsburg stattfinden. Er habe beantragt, Ilse Koch auf ihren Geisteszustand zu untersuchen. Dr. Jagomost war Mitglied einer deutschen Untersuchungskommission, die

in Amerika 32 ehemalige Buchenwaldinsassen verhört hat. Nach seiner Angabe hätten alle Zeugen den Sadismus Ilse Kochs bestätigt. Es sei auch neues Beweismaterial zu der Beschuldigung erbracht worden, daß Ilse Koch tödliche KZ-Häftlinge töten ließ, um aus ihrer Haut Lampenschirme herzustellen. Jagomost erwähnte schließlich, daß es Ilse Koch wieder verstanden hätte, mit einem Angeklagten in intime Beziehungen zu treten, obwohl sie im Gefängnis scharf überwacht würde.

Adenauer muß mehr tun als reden

HGS. Wird sich unsere Lebenshaltung nach der Pfundabwertung erneut verschlechtern? Diese bange Frage beunruhigt weiterhin die Gemüter. Adenauer äußerte in seiner gestrigen Regierungserklärung, es sei kein Grund zur Aufregung vorhanden. Der Umrechnungskurs der D-Mark werde sich zwar ändern müssen, damit die deutschen Exporteure auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben, für uns würden sich jedoch Preise und Löhne relativ nur geringfügig verschieben. Immerhin muß mit einer Preissteigerung gerechnet werden. Der Bremer Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel, Harmsen, der jetzt einen Kurs von 19 bis 20 Cents für eine D-Mark befürwortet, nachdem er sich vor Kenntnis der Höhe der Pfundabwertung für einen 27-Cents-Kurs eingesetzt hatte, erklärte, daß die Haushaltsaufwendungen für eine Arbeiterfamilie um nicht mehr als 4,5 Prozent ansteigen sollten. Andere Fachleute rechnen mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Laufe der Zeit um nur 1 bis 2 Prozent. Auch diese Belastung wird besonders die ärmeren Schichten hart treffen, wenn die Bundesregierung nicht besondere Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreift. Für sozialistisch regierte Länder besteht die Möglichkeit, den Stoß durch eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen zu dämpfen, bei uns ist jedoch zu befürchten, daß er einseitig von der breiten Masse der Arbeitnehmer aufgefangen werden muß und sich so die soziale Auseinandersetzung verschärfert.

Die deutschen Exporteure haben immer geklagt, daß der von den Alliierten festgesetzte Umrechnungskurs von 30 Dollarcent zu hoch sei, daß die deutschen Waren auf dem Weltmarkt deshalb zu teuer erscheinen und schwer abzusetzen sind. Wenn sie nun eine Abwertung im Verhältnis des englischen Pfundes begrüßen, so scheinen sie enttäuscht zu werden. Denn aus gut unterrichteten Frankfurter Kreisen verlautet, daß der Kurs der D-Mark nur um 20 und nicht um 30,33 Prozent wie das Pfund Sterling abgewertet werden soll. Die Verzögerung einer Entscheidung in unserer Währungsangelegenheit wird damit erklärt, daß sich hinter den Kulissen Auseinandersetzungen vollziehen, die auf gewisse, angeblich dem britischen Schatzkanzler in Washington gemachte Zusagen zurückzuführen seien. Es wird vermutet, daß Sir Stafford Cripps von der Regierung der USA die Zusage erhielt, daß die D-Mark höchstens um 20 Prozent, also auf 24 Dollarcent an Stelle von 21 Dollarcent abgewertet würde. Der französische Finanzminister bezeichnete den Pfundkurs in einem der „Monde“ gewährten Interview als eine „Kampfwährung“. Der gleiche Eindruck herrscht in französischen Finanz- und Wirtschaftskreisen, die eine gewaltige britische Wirtschaftsoffensive auf allen Weltmärkten einschließlich dem amerikanischen erwarten. Frankreich und die anderen Industriestaaten müßten mit einer verschärften englischen Konkurrenz rechnen.

In Stuttgart hat der Gewerkschaftsrat am Dienstag seine Ansicht zu einer deutschen Währungsabwertung formuliert. Er verlangt Maßnahmen, damit sich die nach einer äußeren DM-Abwertung steigenden Einfuhrpreise nicht auf das Inlandsniveau auswirken und erwartet, daß die jetzt schon erhöhten Verbraucherpreise für Lebensmittel dadurch gehalten werden, daß die Handels- und Verarbeitungsspannen gesenkt und Subventionen bereitgestellt werden. Die Preiserhöhungen bei Einfuhr von Rohstoffen können nach seiner Ansicht von der Industrie durch den Abbau erhöhter Kosten und überhöhter Gewinne aufgefangen werden. Die Gewerkschaft ist der Überzeugung, daß Preise und Gewinne noch immer bewußt hoch gehalten werden, und zwar durch illegale Preisabsprachen, durch das Abwälzen betrieblicher Kriegsschäden über die Preise auf die Verbraucher und durch egoistische Spekulationen auf den zu erwartenden Lastenausgleich.

Ein weiteres Absinken der Lebenshaltung ist für den deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger untragbar. Sollte es der Bundes-



regierung nicht gelingen, zu verhindern, daß das Preisniveau sich erhöht, so werden entsprechende Lohnhöhungen unvermeidlich sein.

Eines muß in diesem Zusammenhang angesichts der vielseitigen Befürchtungen noch besonders betont werden: Wenn auch, wie bereits feststeht, die D-Mark in ein neues Kursverhältnis zum amerikanischen Dollar kommt, so wird doch diese Maßnahme keine Aenderung des Wertes der Sparguthaben zur Folge haben. Die D-Mark wird auch nach der Abwertung noch 100 Pfennige wert sein.

SPD gegen KPD-Anbiederung

Max Reimann, der Vorsitzende der westdeutschen KP, gab anlässlich der letzten KP-Vorstandssitzung in Frankfurt bekannt, seine Partei suche eine „Kampfgemeinschaft mit der SPD gegen den vordringenden Monopolkapitalismus“. Eine erste Auswertung dieser Schwenkung sei ihre Zustimmung zur Kandidatur Dr. Schumachers zum Bundespräsidenten gewesen. Aus führenden Kreisen der SPD wird hierzu erklärt:

„Die KP profitiere schon immer davon, daß sie sich schnellstens neuen Situationen anzupassen vermag. Alle taktischen Veränderungen waren jedoch bestimmt durch ein strategisches Ziel, über das niemals die regionale Leitung der KP, sondern immer die Moskauer Spitze entschied.“

Nach der vernichtenden Wahlniederlage der KP war eine neue Taktik fällig und ebenso eine gründliche Reinigung der Partei. Die kontrastierende Entwicklung der Ost- und Westzonen hat nicht nur die Wählerschaft, sondern ebenso die Mitgliedschaft der KP dezimiert und man war genötigt, von der nur destruktiven Einstellung gegenüber der westdeutschen Entwicklung abzukommen, wollte man die gegenwärtige Bedeutungslosigkeit dieser Partei nicht bis zur völligen Aufreibung treiben. Daher die Umstellung auf konstruktive Opposition. Demgegenüber hat die Reinigungsaktion den Zweck, nicht etwa die bisher destruktiven Elemente, sondern alle jene auszuschalten, die sich den moskowitzischen Anweisungen nicht mehr willens fügen und „trotzkistischen“ oder „titostischen“ Strömungen nachhängen. Daß sich die Generallinie dieser Partei nicht änderte, verdeutlicht am besten die Erklärung Reimanns über die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze.

Jeder Versuch, der Sozialdemokratie aus der veränderten Haltung der Kommunisten eine irgendwie geartete Verantwortung zuzuschreiben und jede Erwartung, die SPD habe sich auf die Taktik der KP umzustellen, geht von einer gründlichen Verkennung der politischen Situation aus, sofern hier nicht die politische Absicht vorliegt, die SPD an der Verantwortung der verhängnisvollen KP-Politik zu beteiligen.

Die SPD kann und wird keine Partei hindern, sich aus taktischen Gründen ihren Auffassungen anzuschließen. Sie wird aber auch ihre eigene Auffassung nicht ändern, nur weil eine andere Partei derselben Meinung geworden ist. Sie wird es nicht tun, weil anzunehmen ist, daß das taktische Einschwenken einer anderen Partei auf die Linie der SPD — und das kommt in dem Beispiel der KP besonders prägnant zum Ausdruck — dem weitgehenden Druck der Wähler und der politischen Notwendigkeiten entspricht.

Kein Saar-Verzicht

Der französische Außenminister Schuman hat den saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann ermuntert, ein Memorandum zu veröffentlichen, in dem die „volle und endgültige politische Autonomie“ des Saarlandes als „einzig mögliche staatsrechtliche Lösung“ verlangt wird.

Das geschah in dem Augenblick, als in Straßburg gegen eine baldige Aufnahme Deutschlands in den Europarat kein erster Widerstand mehr zu erwarten war. Diese Stimmung lag wahrscheinlich nicht im Sinne Schumans und er hat sich deshalb bewegt gefühlt, neues Öl in das kaum gedämpfte Feuer zu gießen. Ministerpräsident Hoffmann hat daraufhin seine Rolle gehorsam gespielt. Ob er auch im Sinne der Saarländer gesprochen hat, wollen wir bezweifeln.

Hoffmann beruft sich auf die „Volksabstimmung“ vom Oktober 1947. Es ist inzwischen klar geworden, wie unecht, unwahr und verzerrt diese Volksbefragung war. Am meisten unwahr war dabei der Zeitpunkt. Man war nach dem ersten Weltkrieg klüger und hat mit der Saarabstimmung siebzehn Jahre gewartet. Diesmal hat man dem Saarvolk die entscheidende Frage — verklausuliert und nicht ohne Verzicht auf eine verhüllte Täuschung — bereits zwei Jahre nach Kriegsende gestellt. Im Oktober 1947, zu einer Zeit des tiefsten Tiefstandes der deutschen Nachkriegsverhältnisse. Wir können auch dafür einen französischen Kronzeugen zitieren, die Zeitung „Combat“: „Die Saarbevölkerung hat damals offenbar nicht an die Lösung weitreichender politischer Fragen, sondern zunächst einmal daran gedacht, wie sie in der Zeit der allgemeinen Verelendung wieder einmal satt werden könnte.“

Deutlicher könnte es Schuman auch eine deutsche Stelle nicht sagen. Man könnte noch hinzufügen, daß das Volk der Dänen, dem sich in Südschleswig eine ähnliche Chance geboten hatte, ein größeres Maß an politischer Weisheit an den Tag gelegt hat. Die Dänen wollten keine „Speckdänen“ haben, die Franzosen aber legten Wert auf „Speck-Saarländer“. Dafür stehen sie heute vor

Das Ende eines Provisoriums

Länderrat packt seine Akten

Stuttgart (dpa). „Vom Zusammentritt des Bundestages an werden die Gesetze ausschließlich von den in diesem Grundgesetz anerkannten gesetzgebenden Gewalten beschlossen“, lautet der erste Absatz vom Artikel 1922 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Dieser Satz bedeutet das Ende des Süddeutschen Länderrates. Der zweite Absatz des Artikels bestimmt dann noch ausdrücklich, daß „Gesetzgebende und bei der Gesetzgebung beratend mitwirkende Körperschaften, deren Zuständigkeit nach Absatz 1 endet, mit diesem Zeitpunkt aufgelöst sind.“

Der Länderrat könnte sich nun vielleicht auf irgendeinen formalen Standpunkt stellen, der seine künftige Existenz noch irgendwie rechtfertigen könnte. Aber der Länderrat will das gar nicht. Er hat sich immer als ein Provisorium angesehen, durch das nur die Koordinierung innerhalb der Länder der amerikanischen Besatzungszone gesichert werden sollte. So befindet sich der Stuttgarter Länderrat heute in Liquidation. Seine Angestellten haben Stellen in der Privatwirtschaft oder in den Ministerien der verschiedenen Länder gefunden. Die Akten werden in großen Kisten verpackt und entweder dem Württembergischen Staatsarchiv oder den entsprechenden Bundesbehörden übergeben werden. Eine umfangreiche Arbeit ist abgeschlossen.

Am 11. September 1945 war die Proklamation II der US-Militärregierung erschienen, durch die die Länder der amerikanischen Zone geschaffen wurden. Am 17. Oktober 1945 fand die erste Länderrats-Sitzung in Stuttgart statt, wobei General Clay als damaliger stellvertretender Militärgouverneur die Aufgaben des Länderrats als eine „Koordinierung“ innerhalb der US-Zone bezeichnete. Die begründende Sitzung, auf der der Länderrat seinen Namen erhielt, und ein Organisationsplan aufgestellt wurde, fand am 6. November 1945 statt. Zu seinen Aufgaben gehörte es, im Rahmen der politischen Richtlinien Fragen zu lösen, die über das Gebiet eines Landes hinausgehen, ferner Schwierigkeiten im Verkehr zwischen den Ländern zu beseitigen und schließlich eine wünschenswerte Angleichung in der Entwicklung der einzelnen Länder sicherzustellen. Acht Abteilungen wurden im Laufe der Zeit errichtet. Davon hatte z. B. die Wirtschaftsabteilung allein 17 Unterausschüsse. Für die Bewältigung von Sonderaufgaben wurden Sonderbevollmächtigte eingesetzt. Die Aufgaben des Länderrats erstreckten sich sehr bald auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Mit der Zeit erwies es sich deshalb als notwendig, einen festen Kern zu schaffen. Gewissermaßen als Geschäftsführung des Länderrats wurde im Mai 1946 das Direktorium gebildet, das aus je zwei ständigen Vertretern der Länder unter dem Vorsitz eines Generalsekretärs bestand. Das Direktorium erledigte die dringenden Angelegenheiten und bereitete die allmonatlichen Konferenzen der Ministerpräsidenten vor. Da sich der Länderrat von vornherein als ein Provisorium ansah, war sein Bestreben von Beginn an darauf gerichtet, mit den anderen Zonen zusammen zu arbeiten. Schon im Februar 1946 erfolgte die erste Fühlungnahme. Der Länderrat empfand es

als selbstverständlich, daß er mit der Zeit einige seiner Aufgaben an übergeordnete Institutionen abzugeben hatte. Es begann mit den Fragen des Verkehrs und der Post, und als am 10. Juni 1947 der Wirtschaftsrat errichtet wurde, gingen auch die Wirtschaftsafragen an Frankfurt über.

Inzwischen hatte sich die Grundlage des Stuttgarter Länderrats insofern geändert, als die Verfassungen in den süddeutschen Ländern in Kraft getreten waren, und die Länderparlamente ihre Arbeit aufgenommen hatten. Die Gesetzgebungsgewalt, die bis dahin die Ministerpräsidenten ausgeübt hatten, ging auf die Landtage über. Dementsprechend wurden durch die Proklamation vom 1. März 1947 nicht nur die Ministerpräsidenten ausdrücklich ermächtigt, zonen einheitliche Gesetze zu erlassen, sondern gleichzeitig auch der Stuttgarter Parlamentarische Rat ins Leben gerufen, der bereits am 10. März 1947 seine erste Sitzung abhielt. Der Parlamentarische Rat bestand aus den Abgeordneten, die die Landtage von Bayern, Württemberg-Baden und Hessen und dem Bremer Senat nach Stuttgart entsandten. Sie hatte nur beratende

Britische Abgeordnete gegen Demontage

LONDON (dpa). In einem gemeinsamen Schreiben an die „Times“ wenden sich am Mittwochmorgen die beiden britischen Unterhausabgeordneten Acland und Crossman gegen die von Großbritannien in Deutschland verfolgte Demontagepolitik. Beide Abgeordnete haben im vergangenen Sommer Deutschland bereist.

In dem Schreiben setzen sich die Abgeordneten für eine Überprüfung der Demontagepolitik ein, da nach ihrer Ansicht die Ruhrbehörde und das Sicherheitsamt ausreichen, um eine deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern. Die eigentliche Gefahr sei heute nicht, daß Deutschland im Geheimen wieder aufrüste, sondern daß diejenigen in Großbritannien und Amerika, die die Russen mehr fürchteten als die Deutschen, Deutschland dazu veranlassen.

Funktion. Tatsächlich ist aber kein Fall bekannt geworden, in dem Ministerpräsidenten anders entschieden hätten, als der Vorschlag des Parlamentarischen Rates lautete.

Im Oktober 1948 trat dann der Länderrat auch die Fragen der Arbeitsgesetzgebung an die Arbeitsverwaltung in Frankfurt ab und im April 1949 wurden die Flüchtlingsfragen vom Zentralamt in Frankfurt übernommen. Der Stuttgarter Institution blieben im wesentlichen nur noch die Rechtsfragen, die nicht auf Landesebene zu lösen waren, darunter die Wiedergutmachung, ferner die Bodenreform, die Entnazifizierung, das Wohnungs- und Bauwesen und vor allem die wichtige Frage der Kriessknechtentzinsen. Nicht vergrissen sei die statistische Abteilung, deren mühevollen Arbeit das kürzlich erschienene statistische Handbuch zu verdanken ist.

Am 26. April 1949 fand die letzte Länderrats-Sitzung in der Villa Reitzenstein statt, das von OMGUS, Berlin, eingerichtete Koordinierungs-Office löste sich auf, das Sternbanner wurde eingezogen. Das seit dem Herbst 1948 bestehende deutsche Koordinierungsbüro als Rumpf-Organisation des Länderrates unter der Leitung von Graf Wedel, schränkte immer mehr seine Tätigkeit ein. Heute sieht es seine Aufgaben nur darin, die Ergebnisse der Arbeiten des Länderrats zu sammeln und zu sichten und zur künftigen Verwendung den zukünftigen Bundesbehörden zu übergeben.

Insgesamt hat der Länderrat während beinahe vier Jahre währenden Tätigkeit 78 zonen einheitliche Gesetze erlassen. Dazu gehören u. a. das Befreiungsgesetz, das Wiedergutmachungsgesetz, das Bodenreformgesetz, das KB-Leistungsgesetz, das Flüchtlings- und das Flüchtlingsrentengesetz sowie die Kennkartenverordnung. 36 andere Gesetze sind ausgearbeitet worden und den Ländern zur Verabschiedung überlassen worden. Es bestand keine Notwendigkeit, sie zonen einheitlich zu erlassen, aber es empfahl sich, sie wesentlich angeglichen in Kraft treten zu lassen. Dazu gehören z. B. das Gesetz über die Landeszentralbanken, das Gesetz über die Arbeitsgerichtsbarkeit und das Vertragshilfegesetz.

Der größte Teil der vom süddeutschen Länderrat ausgearbeiteten Gesetze ist jetzt Bundesrecht geworden. Eine Reihe anderer Entwürfe ist soweit fertiggestellt, daß sie der Bund ohne wesentliche Abänderungen übernehmen kann. Dazu gehören Entwürfe für ein Personen-Standgesetz, ein Jugendschutzgesetz und ein Architektengesetz. Besonders eingehend hat sich der Länderrat mit der Kriegsgefangenenfrage befaßt. Auf diesem Gebiet ist ein umfangreiches Dokumentenmaterial verarbeitet worden, das in eingehenden Denkschriften zusammengefaßt, ebenfalls dem Bund zur Verwertung übergeben werden wird.

Kurz gemeldet

Frankfurt. Der bisherige Verlauf der Frankfurter Herbstmesse brachte insbesondere für die Aussteller der Textilbranche einen vollen Erfolg. Die Umsatzziffern einzelner Firmen lagen bereits nach dem zweiten Messetag über dem Gesamtvolumen der Frühjahrsmesse und wurden als „alle Erwartungen übertreffend“ bezeichnet.

Frankfurt. Die deutsche Mission des internationalen Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (Unicef) teilte mit, daß viele deutsche Kinder, vor allem Flüchtlinge, in Kürze kostenlos ein Paar Schuhe, ein Paar Strümpfe und andere weiche Bekleidungsstücke erhalten werden. Den westdeutschen Länderregierungen soll dafür kostenlos Rohwolle und Leder im Werte von 500 000 Dollar zur Verfügung gestellt werden.

München. Albert Bormann, der ehemalige persönliche Adjutant Hitlers und Bruder des früheren Reichsleiters Martin Bormann, wurde am Dienstag von der Hauptkammer München in die Gruppe II, Aktivist, eingestuft. Er erhielt sechs Monate Arbeitslager, die jedoch durch die Internierung als verbüßt gelten, und muß 1000 DM Sühne zahlen.

Brüssel. Die belgische Regierung hat die Abwertung des belgischen Franc beschlossen. Für einen Dollar werden statt 43,8275 Francs ab Donnerstag 50 Francs gezahlt.

Amsterdam. Der ehemalige Chef des deutschen Sicherheitsdienstes in Amsterdam, Kriminalrat Willi Lages, wurde am Dienstag von einem Sondergericht im Haag zum Tod verurteilt.

Kopenhagen. Im Rahmen des laufenden deutsch-dänischen Handelsabkommens sind weitere Abschlüsse getätigt worden. Dänemark wird für 1,5 Millionen Dollar Milchpulver, etwa 200 Tonne Schweineabfälle und 200 Tonne Quark liefern.

Athen. Wie der griechische Generalstab mitteilte, beabsichtigen 500 griechische Aufständische, die sich gegenwärtig in Albanien befinden, nach Aussagen von gefangen genommenen albanischen Soldaten, „mit sowjetischer Hilfe“ wieder in griechisches Hoheitsgebiet einzudringen. (AFP-Reuters).

Rio de Janeiro. In Esteva, im brasilianischen Staat Bejo Horizonte, starb im Alter von 129 Jahren der Landarbeiter Pereira Dos Reis. Er hinterließ acht Söhne, 62 Enkel, 188 Urenkel und 79 Ur-Urenkel, von denen der älteste bereits 14 Jahre alt ist.

Rio de Janeiro. Sechs Italiener aus Triest haben den Südatlantik in einem kleinen Segelboot in 17 Tagen überquert. Sie erklärten bei ihrer Ankunft in Südamerika, in die neue Welt gereist zu sein, um dort den Willen Triests auf Wiedervereinigung mit Italien bekanntzumachen.

El Toro. Ein amerikanischer Düsenjäger erzielte in Kalifornien eine Geschwindigkeit von 1129 Stundenkilometer. Da diese Geschwindigkeit im Abwärtsflug erreicht wurde, gilt der bisherige Weltrekord von 1079 Stundenkilometer nicht als überboten. (AFP).

Batavia. Die indonesisch-republikanische Polizei in Djokjakarta hat den Führer einer kommunistischen Splittergruppe, der sogenannten Roten Kommunisten, Mohammed Djoini, verhaftet.

Goldspekulation aufgedeckt

PRETORIA (dpa). Sensationelle Meldungen über Goldfunde von angeblich „fabelfhafter“ Ergiebigkeit im Oranje-Freistaat, die Anfang Juni veröffentlicht worden waren, wurden am Dienstag in einer Erklärung der südafrikanischen Regierung richtiggestellt: Der Goldgehalt der Proben, so heißt es, die im Juni als „mehr als doppelt so ergiebig wie jede vorherige Schürfung in Südafrika“ bezeichnet worden war, sei „in betrügerischer Absicht erhöht worden“. (Reuter)

40 000 Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Rußland

Im Anschluß an die bereits erfolgte Verlautbarung, wonach 5 kg-Pakete direkt an die deutschen Kriegsgefangenen in den UdSSR geschickt werden können, teilt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf mit, daß selbstverständlich alle bereits in Genf angenommenen Pakete, sowie diejenigen Pakete, die von Deutschland nach Genf unterwegs sind, noch befördert werden. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf sieht sich außerstande, die vielen diesbezüglichen Fragen zu beantworten, ebenso wenig vermag das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Pakete an neue Anschriften umzuleiten oder in die Heimat zurückzusenden. Allein im August d. J. hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf etwa 40 000 Pakete an deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR weitergeleitet.

Die Liebesgaben werden von den Kriegsgefangenen laufend bestätigt.

Wie wird das Wetter?

Gelegentliche Niederschläge

Uebersicht: Unser Gebiet ist nunmehr in den Einflußbereich der aus dem Biskaya-Raum heranziehenden Störungen geraten. Da mit sind weiterhin einzelne Niederschläge möglich.

Vorhersage des Amts für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Donnerstagabend: Am Mittwochnachmittag wolkig, örtliche gewittrige Schauer. In der Nacht Bewölkungsauflockerung, später vielfach Nebelbildung. Am Donnerstag zeitweise wieder stärker bewölkt, vorübergehend etwas Regen möglich. Höchsttemperaturen 16-20 Grad, Tiefsttemperaturen 10-12 Grad.

AZ. Badische Abendzeitung Verlagssort Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung, Anzeigenannahme und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstr. 28. Telefon 7150-33. Verlagsleiter: Wilhelm Nixdorf. Verantwortlicher Redakteur: Hans G. Schlenker. Anzeigenleiter: Theodor Zwickert. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Mit Namen bezeichnete Artikel stellen die Meinung des Autors, nicht unbedingt die der Redaktion dar. Verlag und Druck: Karlsruhe, Verlagsdruckerei G.m.b.H. Karlsruhe, Waldstraße 28. Fernruf 7150-33.

Adenauers Antrittsrede

Die Regierungserklärung vor dem Bundestag in Bonn

BONN (dpa). Der Bundestag versammelte sich am Dienstag nachmittag im großen Plenarsaal des Bundeshauses um die Regierungserklärung entgegenzunehmen. Präsident Dr. Köhler gab die Ministerliste bekannt. Anschließend erfolgte die Vereidigung des Kabinetts. „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des Deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mit Gott helfe.“ Unmittelbar anschließend begann der Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer mit dem Verlesen der Regierungserklärung. Mit gespannter Ruhe verfolgte das voll besetzte Plenum die Erklärung des Bundeskanzlers. Langsam und ruhig, mit klarer Stimme entwickelte Dr. Adenauer den Standpunkt der Regierung zur politischen Situation, wie sie sich seit 1945 und vor allen Dingen durch die Arbeit der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung entwickelt hatte. Er wandte sich dann den großen Grundfragen zu. „Ich bin nicht der Auffassung“, erklärte Adenauer, „daß es den Interessen der Gesamtbevölkerung im Interesse Deutschlands besser gedient hätte, wenn man etwa eine Koalition zwischen CDU/CSU und der Sozialdemokratischen Partei eingegangen wäre. Ich bin der Auffassung, daß die Opposition eine Staatsnotwendigkeit ist, daß sie eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat.“

Unruhe und halblautes Lachen auf der äußersten Linken machte sich bemerkbar, als Dr. Adenauer erklärte, man könne weder die CDU/CSU noch die SPD dafür tadeln, daß sie keine große Koalition miteinander eingegangen seien, die Unruhe wurde jedoch durch Beifall aus der Mitte und von der rechten Seite des Hauses überbrückt. Erste Zwischenrufe waren zu hören, als Dr. Adenauer darauf hinwies, daß die Zahl von dreizehn Bundesministerien zwar manchmal hoch erscheine, daß sie aber durch neue Aufgaben, die unsere Zeit stelle, gerechtfertigt sei. Der Bundeskanzler ging auf Bemerkungen: „Vor Tisch las man es anders“ nicht ein.

Bei den Einzelheiten, die die Bundesregierung als ihre Aufgaben in der nächsten Zeit sieht, sprach der Kanzler über die Hilfe für Berlin. Er betonte, daß die Regierung mit Nachdruck sozial handeln werde. Eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien beziehoete der Kanzler als notwendig. Zur Denazifizierung sagte er, daß die wirklich Schuldigen mit aller Stärke bestraft werden müßten, die deutschen Menschen dürften aber nicht länger in zwei politische Klassen zerfallen: in die politische einwandfreien und die nicht einwandfreien.

Die Bundesregierung werde eine Amnestie der Nachkriegsvergehen erwägen und bei den Hohen Kommissaren vorstellig werden, daß auch für alliierte Strafen eine Amnestie gewährt werde. Mit aller Schärfe werde die Bundesregierung gegen diejenigen vorgehen, die an der Existenz des Staates rüttelten, gleichgültig, ob es Rechts- oder Linksradikale seien. (Auf kommunistische Zwischenrufe erwidert Adenauer: „Aber Sie sind ja gar nicht so radikal.“) Mit großem Ernst beschäftigte sich die Regierungserklärung mit der Not der noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Mit der nach der Potsdamer Konferenz später von Sowjetrußland und Polen einseitig vorgenommenen Abtrennung deutschen Gebietes werde sich die Bundesregierung nie einverstanden erklären. Er sprach anschließend über das Unrecht, das durch die Umstellung der Vertriebenen entstanden sei. Die Bundesregierung werde immer darauf achten, daß in allen diesen Fragen, das den Deutschen zustehende Recht, wie es aus der Atlantikcharta herrühre, gesichert werde. Die Regierungserklärung kündigte eine Denkschrift der Bundesregierung zu diesen Fragen an.

Wenn die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik auch von den Hohen Kommissaren wahrgenommen werden, so wurde in der Regierungserklärung gleichzeitig festgestellt, daß die Bundesrepublik zu allen sie umgebenden Staaten in engem Zusammenhang teils gut teils weniger gut stehe. Als Dr. Adenauer in diesem Zusammenhang das Verhältnis zu Sowjetrußland erwähnte, gab es in der kommunistischen Fraktion Unruhe. Der Kanzler betonte mit Nachdruck, daß die Regierung auch mit den östlichen Nachbarn in Sowjetrußland und Polen in Frieden leben möchte. Dabei müsse aber davon ausgegangen werden, daß auch Sowjetrußland und Polen „unsere rechtlosen deutschen Landsleute in der Sowjetzone und in dem sowjetischen Verwaltung unterstehenden Teil Berlins jenes Leben in Freiheit führen lassen, das deutschen Herkommen, deutscher Rechtsprechung und deutscher Überzeugung entspricht.“

Zum Besatzungsstatut wird in der Regierungserklärung hervorgehoben, welche erheblicher Fortschritt mit diesem Dokument erzielt werde. Es werde jedoch darauf ankommen, in welchem Geist das Besatzungsstatut gehandhabt werde. Grundsätzlich sei es nicht als ideal anzusehen, jedoch sei es ein Fortschritt gegenüber dem rechtlosen Zustand, in dem die Deutschen bislang gelebt hätten. Es gibt aber keinen anderen Weg für das deutsche Volk, wieder zur Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen, als indem es dafür sorgt, daß nach dem völligen Zusammenbruch des Nationalsozialismus mit den Alliierten wieder der Weg in die Höhe gegangen wird.“

In der Regierungserklärung wird anschließend ein Bekenntnis zur westeuropäischen Welt abgegeben. Die Beziehungen zu Frankreich und den Benelux-Ländern werden kurz berührt und es wird als Wunsch der Regierung bezeichnet, die Bundesrepublik möglichst bald als Mitglied in der Europaunion zu sehen. Der Bundeskanzler hatte sich an anderer Stelle noch mit den Folgen auseinandergesetzt, die durch die Ab-

wertung des britischen Pfundes entstehen. Wenn sich jetzt die D-Mark wie die Währungen anderer europäischer Länder entsprechend anpassen müsse, so sei dies eine Folge der englischen Maßnahme. Deutschland müsse Entsprechendes überlegen, um den deutschen Export wettbewerbsfähig zu erhalten. Mit Nachdruck stellte der Bundeskanzler fest, daß keinerlei Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vor-

Wir stellen vor:

Die neuen Minister

Franz Blücher,

am 24. März 1896 in Essen geboren. Kriegsfreiwilliger im ersten Weltkrieg, dann im Arbeiterwohnbau tätig. 1938 Bankleiter in Essen. 1945 Mitbegründer der Kreisgruppe Essen, der Freien Demokratischen Partei, zeitweise Finanzminister in Nordrhein-Westfalen.

Gustav Heinemann,

am 13. Juli 1899 in Schwelm an der Ruhr geboren. Dr. rer. pol. und Dr. jur. Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterpartei, im Oktober 1946 Oberbürgermeister der Stadt Essen. Zeitweilig Justizminister von Nordrhein-Westfalen, gehört der CDU seit ihrer Gründung an, Mitglied des Rates der evangelischen Kirche und Präses der Synode.

Jakob Kaiser,

am 8. Februar 1888 in Hammelburg in Unterfranken geboren. Buchbinder, bis 1912 auf der Wanderschaft. 1918 Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaft Köln und Berlin. 1933 Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei; arbeitete gegen Hitler. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944, wurden seine Frau und seine Tochter in ein Konzentrationslager gebracht. Er selbst mußte sich sieben Monate lang verbergen. 1945 übernahm er den Vorsitz der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, im Dezember 1947 von der sowjetischen Militärverwaltung abgesetzt. Er war einer der Berliner Vertreter im Parlamentarischen Rat in Bonn.

Ludwig Erhard

am 4. Februar 1897 in Fürth (Bayern) geboren. Schwerverwundeter im ersten Weltkrieg. Experte der Wirtschaftswissenschaften. Nach 1945 längere Zeit Wirtschaftsminister in Bayern und seit März 1948 Direktor der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft.

Thomas Dehler

am 14. Dezember 1897 in Lichtenfels in Franken geboren. 1924 Gründungsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Von 1933 bis 1942 gehörte Dehler einer Oppositionsgruppe gegen Hitler an, die später mit Gördel in Verbindung stand. 1938 verhaftet, 1944 in ein Zwangsarbeitslager gebracht. 1945 Landrat in Bamberg, später Generalstaatsanwalt, Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei Bayerns. Zuletzt Oberlandesgerichtspräsident in Bamberg.

Hans Lukaschek

am 22. Mai 1885 in Breslau geboren. 1916 Bürgermeister von Rybnik (Oberschlesien). 1919 mit der Vorbereitung der Abstimmung in Oberschlesien betraut. 1927 Oberbürgermeister von Hindenburg, 1929 Oberpräsident von Oberschlesien. Mitglied des Zentrums, trat 1933 von seinem Posten zurück und lebte während der nationalsozialistischen Zeit in Breslau. Nach 1945 Vizepräsident des Landes

Thüringen. Im September 1946 auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung seines Amtes enthoben. 1948 Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln. 1948 erster Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Ostvertriebenen der Doppelzone.

Anton Storch

am 1. April 1892 in Fulda geboren. Tischlerlehre, nahm am ersten Weltkrieg teil. 1919 Angestellter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in Koblenz. 1933 fristlos entlassen. 1945 Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes des DGB für die britische Besatzungszone. Mitbegründer der CDU in Niedersachsen.

Eberhard Wildermuth

am 23. Oktober 1890 in Stuttgart geboren. Enkel der Erzählerin Ottilie Wildermuth. Eberhard Wildermuth nahm am ersten Weltkrieg teil, Württembergische Verwaltung, Reichsarbeitsministerium. Im zweiten Weltkrieg wieder an der Front. 1946 Staatssekretär für Wirtschaft Süd-Württemberg, Mitglied der FDP.

Heinrich Hellwege

wurde am 18. August 1908 in Neuenkirchen im Regierungsbezirk Stade (Niedersachsen) geboren. Exportkaufmann im Geschäft seines Vaters, das durch die Nationalsozialisten stark boykottiert wurde. Arbeitete an der geheimen Aufrechterhaltung der Heimatbewegung und setzte sich als Christ für die Bekenntnisfront ein. 1939—45 Heeresdienst. Mitbegründer und erster Vorsitzender der Deutschen Partei und gehörte dem niedersächsischen Landtag an.

Fritz Schäffer

am 21. Mai 1888 in München geboren. Im bayrischen Verwaltungsdienst tätig. 1929 Bayrische Volkspartei-Vorsitzender. 1931 bayrischer Finanzminister, trat 1933 mit Kabinett Held zurück. Mai 1945 Ministerpräsident von Bayern, im September seines Postens enthoben. Verbot, sich politisch zu betätigen. Im Januar 1948 wieder aufgehoben. Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU.

Wilhelm Niklas

am 23. September 1887 als Sohn eines Pädagogen geboren. Assistent der tierärztlichen Fakultät in Traunstein. Referent im bayrischen Staatsministerium. 1935 aus dem Amt entfernt, zehn Jahre Verwalter auf Gütern. 1945 Staatsrat, März 1948 stellvertretender Direktor der Verwaltung für Ernährung.

Hans Christoph Seebohm

am 4. August 1903 in Emanuelsteden (Oberschlesien) geboren. Diplom-Ingenieur. Promovierte 1933, bis 1938 Bergwerksdirektor, danach Geschäftsführer in Braunschweig. Seit 1946 Mitglied des Direktoriums der DP. Bis Juni 1948 niedersächsischer Minister für Wiederaufbau und Arbeit im Kabinett Kopf.

Kommt Tito vor die UNO?

Riesiges Arbeitsprogramm — Heikle Probleme in Lake Success

NEW YORK (dpa). Wenn die Delegierten zur vierten UNO-Vollversammlung — darunter die Außenminister der „Großen Vier“ — zur Eröffnungssitzung in Lake Success zusammentreffen, erwartet sie ein Arbeitsprogramm von überwältigendem Umfang. Etwa 80 verschiedene Punkte stehen auf der Tagesordnung, einige mehr, andere minder wichtig. Vielleicht fallen aber auch wichtige Entscheidungen außerhalb der offiziellen Beratungen. In Beratungen, von denen die Weltöffentlichkeit erst hören wird, wenn sie Ergebnisse gezeitigt haben, oder aber gescheitert sind, Lake Success wartet ab.

Das Palästina-Problem, der griechische Bürgerkrieg, der Streitfall Indonnesien, die Frage der Atomenergiekontrolle, die Diskussion um eine Revision der UNO-Satzungen sind Fragen, die sozusagen zum „eisernen Bestand“ der UNO-Tagesordnungen gehören. Auch die vierte Vollversammlung wird sich mit ihnen beschäftigen. Die Zukunft der italienischen Kolonien, die britisch-amerikanische Beschwerde über „Friedensvertragsverletzungen“ Ungarns, Rumaniens und Bulgariens, der Fortbestand der kleinen Vollversammlung sind andere Themen, um die sich neue langwierige Auseinandersetzungen entwickeln können. Neu steht auf dem Tagesprogramm der Plan für technische Hilfeleistung an wirtschaftlich unerschlossene Gebiete.

In Lake Success rechnet man damit, daß sich ein Land finden könnte, das auch den Tito-Konflikt zwischen Jugoslawien und dem Ostblock in die Debatte der Vollversammlung wirft. Jugoslawien selbst, das mit einem außerordentlich starken Aufgebot von Delegierten in Lake Success erscheint, hat bisher nicht viel Neigung erkennen lassen, die Initiative zu ergreifen. Bringt aber ein anderer Staat den Stein ins Rollen, könnten sich Auseinandersetzungen ergeben, hinter denen selbst die traditionellen Aspekte des Ost-

West-Konfliktes in den Hintergrund treten würden. Dann wäre der Tito-Konflikt das heikelste Problem der UNO-Vollversammlung.

Romulo

Präsident der UNO-Vollversammlung
NEW YORK (dpa). Mit 53 Stimmen wurde der philippinische Delegierte, General Romulo, zum Präsidenten der vierten UNO-Vollversammlung gewählt. Der tschechoslowakische Außenminister Clementis erhielt fünf Stimmen. Der neue Vorsitzende erklärte am Dienstagabend bei einem von New Yorker Bürgermeister William O'Dwyer für die UNO-Delegierten gegebenen Essen, die vierte Sitzungsperiode werde als „Friedensversammlung“ in die Geschichte eingehen.

Indien will Aufnahme Deutschlands in UNO beantragen

BERLIN (dpa). Der Vorsitzende der sozialistischen Partei Indiens, Dr. Lohia, kündigte am Dienstag bei seinem Besuch in Berlin an, daß der indische Vertreter bei der UNO voraussichtlich schon während der jetzigen Vollversammlung beantragen werde, Deutschland und Japan in die UNO aufzunehmen. Er werde dafür plädieren, alle Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten zu beseitigen. Es sei unmöglich, noch länger irgendein Volk aus der UNO auszuschließen.

handen sei. Für Preise und Löhne würden sich nur relativ geringfügige Verschiebungen ergeben.

Zum Schluß der Regierungserklärung setzte sich der Kanzler mit der Zweiteilung Deutschlands auseinander. Solange sie bestehe, könne es in Europa keine Ruhe geben. „Wenn auch der eiserne Vorhang quer durch Deutschland geht, so kann er nichts an der geistigen Verbundenheit zwischen den deutschen Menschen diesseits und jenseits des eisernen Vorhanges ändern.“ Das Haus quittierte diese Feststellung mit starkem Beifall.

Der Bundeskanzler sprach dann den Vereinigten Staaten von Amerika den besonderen Dank des deutschen Volkes für die ihm in seiner Not bisher erwiesene Hilfe aus. Als Richtlinie für die Arbeit der Bundesregierung spricht die Regierungserklärung davon, daß alle Arbeit unter die Grundsätze des Geistes christlich-abendländischer Kultur gestellt werden soll, und daß sie den Rechten und der Würde des Menschen dienen möchte.

Die Regierungserklärung wurde vom Haus mit starkem Beifall aufgenommen. Die Mitglieder der nationalen Rechten und der KPD schlossen sich an. Ein Teil der Fraktion der SPD zollte der Regierungserklärung ebenfalls Beifall.

Kommunistische Zwischenrufe

Während der Verlesung der Regierungserklärung machte der Abgeordnete Renner nach der Aufforderung des Kanzlers an die Alliierten, die Kriegsgefangenen zu entlassen, den Zwischenruf: „Verlogene Hetze“. Er wurde vom Präsidenten Dr. Köhler zur Ordnung gerufen, da ein solcher Zwischenruf während der Regierungserklärung gegen die Würde des Hauses verstoße.

Der Bundeskanzler hatte an einer Stelle seiner Erklärung darauf hingewiesen, daß die Pensionen für ehemalige Militärpersonen sobald wie möglich gesetzlich geregelt werden müßten. Darauf machte der Abgeordnete Renner (KPD) den Zwischenruf: „Für die neue Wehrmacht“. Der Kanzler quittierte mit der lakonischen Bemerkung: „Wir sind nicht in der Ostzone“, worauf das Haus mit Beifall antwortete. Als wieder Ruhe eingetreten war, rief der Abgeordnete Renner: „Hier werden Sie General.“ Adenauer antwortete: „Dann müssen Sie vor mir strammstehen.“ Das Haus spendete lebhaften Beifall.

Die Bundesregierung bei Heuß

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hatte am Dienstagmittag seine Regierung gebildet. Die endgültige Ministerliste enthält folgende Namen: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (CDU), Stellvertreter Bundeskanzler und ERP-Minister Franz Blücher (FDP), Innenminister Dr. Gustav Heinemann (CDU), Finanzminister Dr. Fritz Schäffer (CSU), Justizminister Dr. Thomas Dehler (FDP), Wirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard (CDU), Ernährungsminister Wilhelm Niklas (CSU), Verkehrsminister Dr. Hans Christoph Seebohm (DP), Postminister Hans Schubert (CSU), Arbeitsminister Anton Storch (CDU), Minister für Flüchtlingswesen Dr. Hans Lukaschek (CDU), Minister für deutsche Wiedervereinigung Jakob Kaiser (CDU), Minister für Wiederaufbau Eberhard Wildermuth (FDP), Minister für Koordinierung Heinrich Hellwege (DP).

Bundespräsident Dr. Heuß überreichte um 11.30 Uhr dem Bundeskanzler Dr. Adenauer und den dreizehn Ministern der neuen Bundesregierung ihre Ernennungsurkunde. Vor der offiziellen Ueberreichung der Ernennungsurkunden an die Minister der Bundesregierung unterrichtete Bundeskanzler Dr. Adenauer den Bundespräsidenten in einer längeren Aussprache über die Grundzüge der Regierungserklärung.

Kaisers fordert Schiffbau für Deutschland

BONN (dpa). Nach Abgabe der Regierungserklärung vor dem Bundestag stellte sich Bundeskanzler Dr. Adenauer am Dienstag nachmittag, begleitet von den beiden Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien, dem Bundesrat vor. Senatspräsident Kaisen aus Bremen wies bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit hin, über den Bundeskanzler und die Oppositionspartei die Alliierten zu ersuchen, die einschneidenden Beschränkungen des deutschen Schiffbaues zu mildern. Die gegenwärtigen Bestimmungen gestatteten vorläufig nur den Bau von Küstenschiffen bis zu 1500 Bruttoregistertonnen. Es sei unbedingt notwendig, größere Schiffe bis zu 4000 Bruttoregistertonnen mit einer ausreichenden Geschwindigkeit zu bauen. Die von der alliierten Schiffsbaukommission auferlegte Geschwindigkeitsbegrenzung von zwölf Seemeilen pro Stunde sei unerträglich und mache jeden Reedereibetrieb unrentabel.

Spekulationen über neuen DM-Kurs verfrüht

FRANKFURT (dpa). Die Bank deutscher Länder in Frankfurt bezeichnete am Dienstag alle Spekulationen über die mögliche Höhe des neuen Wechselkurses der D-Mark als verfrüht. Die D-Mark könne erst neu bewertet werden, wenn alle Auswirkungen einer Kursänderung für den gesamten Außenhandel sorgfältig berechnet seien. Der Zentralbankrat der BfL hat die auf seiner Sitzung am Dienstag ausgearbeiteten Vorschläge für die Maßnahmen, die von deutscher Seite nach der Pfundabwertung getroffen werden könnten, den zuständigen Stellen der Bundesregierung in Bonn und den alliierten Hohen Kommissaren zugeleitet.

KARLSRUHE

Von A bis Z

Stimme des Volkes

Um sich zu bilden, ist es nicht unbedingt erforderlich, ins Theater zu gehen. Man braucht auch nicht den Leitartikel einer Zeitung zu lesen, um sich über die neuesten politischen Ereignisse zu orientieren, selbst auf den Rundfunkkommentator oder die Stimme Amerikas kann man getrost verzichten, sogar das Gallupinstitut wird überflüssig, wenn man Straßenbahn fährt — und zwar richtig!

Die Menschheit trägt ihr Herz mit einer bewundernswerten Freiheit auf der Zunge. Sollte einmal aus irgendeinem Grund keine Unterhaltung zustandekommen, dann braucht man das Gespräch nur ein klein wenig „anzuschicken“, und man erfährt über Bonn mehr als wenn man bei sämtlichen Sitzungen zugegen gewesen wäre. Man staunt über die blumenreiche, aber durchaus eindeutige Ausdrucksweise des Volkes. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß die maßgeblichen Politiker nicht in Bonn, sondern in der Straßenbahn sitzen, was aber keineswegs heißen soll, daß die Straßenbahn ein Ersatz für den Stammtisch ist.

Wenn man nur einmal mit der „Drei“ um den „Ring“ fährt — nicht um die Mittagszeit — sondern morgens zwischen sechs und sieben oder nachmittags zwischen vier und fünf Uhr, dann ist man nicht nur über die gesamte wirtschaftliche Lage, sondern darüber hinaus über sämtliche Verhältnisse in restlos erschöpfender Form aufgeklärt. Man wird sowohl über Löhne und Teuerung, als auch über Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot besser unterrichtet, als die betreffenden Ämter jemals in Erfahrung bringen konnten...

Stimme des Volkes! Alle bis hinauf zu den Ministern, zu deren Beruf es gehört, die öffentliche Meinung zu kennen, sollten dieses „fahrbare Forum“ so oft es irgend geht, benutzen. Es kostet nur 20 Pfennig — vorläufig wenigstens noch — und ein klein wenig mehr Zeit als das Auto! Heiko.

Goethefeier der Karlsruher Schulen

Gestern vormittag fand im Konzerthaus die Goethefeier der Karlsruher Oberschulen statt. Schauspieldirektor Fischel sprach Gedichte Goethes, die kennzeichnend für einzelne Entwicklungsstufen des Dichters waren. Das Orchester des Badischen Staatstheaters unter Generalmusikdirektor Matzerath spielte die Egmont- und die Leonorenouvertüre von Beethoven. Die Festrede hielt Prof. Dr. Kast. Nichts sei für die deutsche Jugend heute bedeutsamer, als sich die Werke unserer Dichter zu verlebendigen. Den Einwänden, daß es an Zeit und Geld dazu fehle, könne man entgegenhalten, daß in vielen Fällen auch der gute Wille mangle. Der Redner zeigte Goethe in seinem Zeitumkreis, gab eine kurze Darstellung der wichtigsten Abschnitte seines Lebens, und ging zuletzt näher auf die Lyrik Goethes ein, weil man die Gedichte als Bruchstücke einer großen Konfession fassen könne.

Tagung des Lehrerverbandes

Der Bezirks-Lehrerverband Karlsruhe-Land hielt am 17. September im Nowack seine Septembertagung ab. Der Vorsitzende, Rektor M. Loeffler brachte eine Reihe aktueller Schul- und Lehrerfragen zur Besprechung. Allgemein wird über die Schulraumnot geklagt, in deren Auswirkung die tägliche Schularbeit außerordentlich erschwert ist.

Der Lehrerverband ist seit 1. Juli zugleich die gewerkschaftliche Berufsorganisation der Lehrer. Die nächste Tagung findet voraussichtlich am 5. November, nachmittags 14.30 Uhr im Nowack statt. X.

Chopin-Zyklus mit Siegfried Schultze

Die Konzertdirektion Neufeldt erwarb sich mit der Veranstaltung einer Reihe von Chopin-Konzerten ein großes Verdienst, galt es doch, des 100. Todestages des Komponisten zu gedenken. Einzelne Chopin-Konzerte oder Werke dieses Meisters in gemischten Programmen finden sich in jeder Konzertsaison mehrfach. Jedoch einmal die wichtigsten Werke Chopins geschlossen im Ablauf einer Woche, gespielt von einem Künstler allein, zur Aufführung zu bringen, das zählt schon zu den großen Raritäten.

Diese Musik „pour Piano“, wie blüht sie auf, wie erhält sie Leben durch den Flügel, wie vermag sie andererseits wieder diesem Instrument eine unerschöpfliche Fülle von Klangmöglichkeiten zu erschließen; perlende Läufe, verträumtes Piano, zusammengeballte Klangmassen, wohlklingende Harmonik, vielfache Verschlingungen melodischer Linien, alle Nuancen des Anschlags vom härtesten Forte bis zum versummenden Ausklingen, — diese ganze Skala kann dem Instrument entlockt werden, vorausgesetzt, daß es von Meisterhänden gespielt wird.

Siegfried Schultze darf alle Voraussetzungen eines solchen Spiels sein eigen nennen. Man weiß nicht, was man an ihm mehr bewundern soll: seinen klaren Sinn für den differenzierten Gehalt dieser subtilen Musik, sein inneres Verwachsen mit dieser poetisch-romantischen Sphäre, seine allen Schwierigkeiten gewachsene Technik, sein erstaunlich treues Gedächtnis, sein physischen und psychischen Kräfte, die eine solche Belastung, wenn auch mit letzter Anstrengung, durchzutragen vermögen!

Ohne mit der Hervorhebung einzelner Werke die Wiedergabe anderer qualitativ zurückdrängen zu wollen, sei es doch gestattet, Gipfelpunkte der Interpretation zu nennen, wie sie sich dem Zuhörer unauslöschlich ein-

Die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt, die früher nur eine untergeordnete Bedeutung besaß, ist in den letzten Jahren zu einem ernsthaften und bedenklichen Problem angewachsen. Das hat verschiedene Gründe: Zunächst und an allererster Stelle rangiert die Tatsache, daß zahlreiche Frauen, die vor dem Krieg nicht daran dachten, ein Arbeitsverhältnis einzugehen, durch die veränderten Umstände, die der Krieg mit sich brachte, gezwungen sind, für sich und ihre Familie das tägliche Brot zu verdienen, nachdem der Mann als Ernährer ausgefallen ist. Die Unterstützung, die heute eine Kriegswitwe zum Beispiel erhält, reicht auf keinen Fall aus, um auch nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu gewährleisten, von Anschaffungen für die Verluste durch den Luftkrieg ganz zu schweigen. Zum zweiten ist zu bedenken, daß zahlreiche junge Mädchen, die früher mit der Heirat automatisch aus dem Arbeitsverhältnis ausschieden, heute durch die hohen Lebenshaltungskosten in den meisten Fällen gezwungen sind, ihren Arbeitsplatz beizubehalten, um sich wenigstens die dringendsten Anschaffungen für ihren jungen Haushalt leisten zu können. Nur so ist das ständige Anwachsen der weiblichen Arbeitslosen zu erklären, das langsam ein bedenkliches Ausmaß annimmt. Die vielen Frauen und Mädchen, die während des Krieges in die verschiedenen Ämter hereingenommen wurden — oft ohne die geringste Vorbildung — vermehren nach dem Abbau dieser Dienststellen die Zahl der arbeitslosen Frauen um ein Beträchtliches, dazu kommen noch jene, die zur Zeit des Männermangels an die Arbeitsstellen der Männer getreten sind und heute nach der Rückkehr der früheren Arbeiter und Angestellten aus der Kriegsgefangenschaft ihre Anstellung verloren.

Für Karlsruhe ist leider die Frage der weiblichen Arbeitslosen besonders akut: unsere Stadt besaß keine Textilindustrie, die ja bekanntlich eine Domäne der Frau ist und bei deren Vorhandensein die Zahl der arbeitssuchenden Frauen sofort rapid zurückgehen

Die beiden großen Leitgestirne in Goethes Leben sind die Idee und die Liebe. Prof. Kast wünschte, daß die Goethegedenkstunde nicht nur eine überlärmte, kurze Stunde der Besinnung bleiben möge, sondern daß sich recht viele Schüler auch heute wieder mit dem Wahren, Guten und Schönen vertraut machen möchten. Dichtung sei nicht nur eine schöne Verzierung, sondern oft eine ernste und schwierige Aufgabe, mit der wir uns nicht so sehr aus Pflicht als vielmehr aus Neigung beschäftigen sollten.

Vor den Schranken des Gerichts

Ein Mädle brachte Hermann zum Entgleisen

Woll der 18jährige Schmiedegessele Hermann G. aus Allersberg bei Nürnberg mit einem Mädle abändelte, bekam er es ziemlich handfest mit seinem Vater zu tun. Hermann beschloß, dem Elternhaus den Rücken zu kehren. Ehe er aus seinem Heimatort verschwand, erschwand er bei einem Bäckermeister 50 DM, bei einem Uhrmacher eine Uhr im Wert von 50 DM und bei einer Geschäftsfrau eine Flasche Schnaps. Einen ihm nicht gebührenden Anzug verschachtelte er für 70 DM, während er unterwegs in Turndorf zwei Uhren „abstaubte“. In Karlsruhe wurde der Ausreißer von der Polizei aufgegriffen und ins Gefängnis eingeliefert, wo er sich mit einem älteren Geburtsdatum registrieren ließ. Fünf Monate wird er im Kittchen aushalten müssen.

würde. Zwar werden in der letzten Zeit die größten Anstrengungen von Seiten des Arbeitsamtes unternommen, um Betätigungsfelder für die Karlsruher Frauen zu finden — der große Schlag — wie ihn Bruchsal z. B. mit der Ansiedlung einer bekannten Berliner Firma machte, die für ihre feinmechanischen Arbeiten hauptsächlich auf die manuelle Geschicklichkeit der Frau angewiesen ist, glückte leider jedoch nicht. Dafür hat man allerdings erreichen können, eine Wäscheirma aus dem Vogtland anzusiedeln, die immerhin eine ganz beträchtliche Anzahl Karlsruherinnen beschäftigen kann.

Es ist verblüffend zu erfahren, daß trotz dieses Anwachsens der Zahl der weiblichen Arbeitslosen dennoch ein ausgesprochener Mangel an Fachkräften besteht. So irren zwar eine Menge Büroangestellter und weiblicher Behördenkräfte arbeitslos auf der Straße umher — eine wirklich tüchtige, repräsentative Stenotypistin jedoch, die auf ihrem Beruf mehr als Durchschnittliches leistet, ist immer noch Mangelware... Um diesem Mangel an Fachkräften zu begegnen und den arbeitslosen Frauen eine Chance zu geben, beabsichtigt das Karlsruher Arbeitsamt in Zukunft, jenen, die eine gewisse Vorbildung besitzen, ihre Fähigkeiten aber wieder verlernten oder vergaßen, weil sie nicht gebraucht wurden, durch drei- oder viermonatige Fortbildungskurse in Stenografie und Maschinenschreiben den Weg zu diesen offenen Stellen zu bahnen.

Noch ein weiterer Beruf ist ein Mangelberuf: der der Hausgehilfin. Es findet sich

heute kaum mehr eine ausgebildete Hausgehilfin, die sich dazu verstehen würde, in einem deutschen Haushalt zu arbeiten... und Stellen sind dabei mehr als genug vorhanden. Wer wirklich tüchtig ist, sucht sich einen Arbeitsplatz in einem amerikanischen Haushalt — und daran sind, abgesehen von den finanziellen Verhältnissen, die deutschen Hausfrauen leider selbst schuld. Dort haben die Mädchen einen geregelten Tageslauf und einen Feierabend, während hier die Hausfrau oft keine Grenze kennt. Man versucht dem Mangel zwar durch den Einsatz junger, zum Teil vollkommen „unvorbelasteter“ Mädchen zu beheben — in den meisten Fällen sind das aber reine Notlösungen, die nach gewisser Zeit schon wieder aufgegeben werden.

Dafür fahren monatlich zwanzig bis dreißig Mädchen aus dem Bereich des Arbeitsamtes Karlsruhe froh und unbelastet in eine ungewisse Zukunft nach England, um dort Hausarbeiten zu übernehmen. Neuerdings kommen sogar junge Damen hinzu, die sich Frankreich als Ziel gewählt haben.

Für jene, die zurückbleiben und ausharren aber ist in den letzten Tagen eine Notstandsarbeit gefunden worden, die zweifellos für einige Zeit Spaß macht und über die schlimmsten Wochen hinwegzuhelfen imstande ist: dreißig Karlsruherinnen werden den Herbst über im Hardtwald Aufforstungsarbeiten leisten. Wer diese Arbeit schon einmal gemacht hat, wird wissen, daß sie fräulicher und befriedigender ist, als manche sogenannte „Frauenarbeit“ an einer Maschine. —el

Kurz gesagt — klein gedruckt

Änderung der Wochenmarktordnung. Vom Stadtrat wurde eine Gemeindeverordnung über die Neufestsetzung der Verkaufszeiten für die Wochenmärkte beschlossen, die vom 22. bis 28. September in den Polizeirevierern, in den Gemeindegemeinschaften sowie in den Rathäusern Karlsruhe, Karlsruhe-Durlach und Durlach-Aue zur Einsichtnahme offenliegt. Der Wortlaut wird außerdem im nächsten Amtsblatt der Stadtverwaltung veröffentlicht.

Gründungsversammlung der Auswanderer. Am Freitag, den 23. 9., 20 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Elefanten“ eine Gründungsversammlung der Auswanderer statt. Eintritt frei, Gäste willkommen.

Zusammenstoß. Beim Einfahren in den Hofraum einer Wohnbaracke, Rechts der Alb, stieß ein Kraftfahrzeug mit einem durch die Straße fahrenden Radfahrer zusammen. Der Radfahrer erlitt hierbei einen Unterschenkelbruch, der seine Einlieferung ins Krankenhaus erforderlich machte.

Von der Altbahn erfaßt und mitgeschleift. Auf dem Bahnübergang Löwenstraße in Ruppurr wurde ein 13jähriger Radfahrer von einem Altbahnzug vor dem er noch die Gleise über-

queren wollte, erfaßt und eine Strecke weit mitgeschleift. Er erlitt hierbei Kopfverletzungen und Schürfwunden am Körper, so daß er ins Krankenhaus eingewiesen werden mußte.

Die halbe Kuh gestohlen. Einem hiesigen Metzgermeister wurde in der Kühllhalle des Schlachthofes die Hälfte einer geschlachteten Kuh im Gewicht von etwa 101 kg gestohlen.

Ford-Karawane

Das Autohaus Wilhelm Göhler, Inhaber E. und W. Göhler, Karlsruhe, Amalienstraße 24, stellt am Donnerstag, den 22. September, die von den Ford-Werken in Köln-Riehl zusammengestellte Ford-Karawane, die sämtliche größeren Städte der Westunion besucht, zur Besichtigung aus.

Die Bevölkerung hat durch diese Maßnahme die Möglichkeit, sich ein genaues Bild der Fordwerke zu machen. Es wird das gesamte Ford-Fabrikationsprogramm gezeigt. Ganz besonders interessieren wird der Ford-Trabant und ein Ford-Kasten-Lieferwagen. Dieser kleine Lieferwagen ist das gebräuchlichste und wirtschaftlichste Fahrzeug für den kleinen Geschäftsmann.

Auszahlung einer einmaligen Unterstützung an Rentner und Invaliden

In der Zeit vom 26. September bis einschließlich 8. Oktober wird zu den üblichen Geschäftsstunden im Büro des Industrieverbandes Metall, Ortsverwaltung Karlsruhe, Erbprinzenstraße 31, eine einmalige Unterstützung an Rentner und Invaliden ausbezahlt. Letzter Tag der Auszahlung ist Samstag, der 8. Oktober 1949. Dieser Termin ist unbedingt einzuhalten. — Anspruch auf Unterstützung haben nur Mitglieder, die vor dem 1. Mai 1933 bereits zahlendes Mitglied einer Gewerkschaft waren und mit ihrer heutigen Beitragsleistung auf dem laufenden sind. — Als Ausweis sind Mitgliedsbuch sowie Rentenbescheid und evtl. Vollmacht des Empfangsberechtigten mitzubringen.

Gestricktes Abendkleid

Münchener Modenschau im Kaffee Museum

Eine reizvolle Kollektion gut tragbarer sowie gediegener, aus Jersey hergestellter Modelle zeigte gestern Rolf Deby, München, im Kaffee Museum. Auffallend war die materialgerechte Verarbeitung: Schlicht in der Form, aber durchaus der Mode angepaßt, wirkten die Modelle vor allem durch das gute Wollmaterial. Reiche Stickereien und Applikationen, besonders an Rocksäumen sowie an modischen Details, wie Revers, Pelzinnen, Taschen usw., erzielten eine gute Wirkung. Daneben waren viele Trachten zu sehen. (Es wehte überhaupt ein recht bayrisches „Windchen“ aus dieser Kollektion.) Neuartig war ein Abendkleid, das trotz des ungewohnten Strickmaterials effektiv wirkte. Vervollständigt wurde die Schau durch die Karlsruher Firma Hummel mit kleidsamen Hüten, die Firma H. Morlock, Lederwaren, mit schicken Taschen, die Firma Ries mit sparten Schuhmodellen und nicht zu vergessen Carl B. o. o. der für die Frauen verantwortlich zeichnete. —ira

Die Kunstausstellung „Aus den Sammlungen der Stadt Karlsruhe“, die von der Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Badischen Kunstverein in der Zeit vom 25. September bis 23. Oktober veranstaltet wird, wird am Sonntag, den 25. September, vormittags 11 Uhr, festlich eröffnet. Sie findet in den Ausstellungsräumen des Bad. Kunstvereins, Waldstraße 3, statt und ist werktags von 9–18 Uhr, sonntags von 11–13 Uhr geöffnet, montags geschlossen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig, für Schüler und Studenten 20 Pfennig. Geschlossene Schulklassen unter Führung ihrer Lehrkräfte genießen freien Eintritt. In der Ausstellung werden Oelgemälde und Aquarelle, Graphiken aller Art, Plastik, Porzellan, sowie Medaillen und Plaketten gezeigt. An einzelnen Abenden finden Sonderveranstaltungen statt, die noch bekanntgegeben werden. Ein Raum ist als Wechselausstellung bestimmt, in der jede Woche neue Werke aus dem städtischen Kunstbesitz gezeigt werden.

jungen Freund ein, alles ist ihm bekannt, ausgerechnet auf dieses Kapitel ist er nicht vorbereitet... Da, eine Erlösung wie aus heiterem Himmel, es schellt — die lang erwartete Pause.

Vor uns rollt das Programm der Kammeroperette ab. Vielleicht könnte man sich auch hier praktisch einmal als „Schüler“ durch das bunte Land der Operette führen lassen, ein wenig schwungvoller als das letztmal in Durlach, aber immerhin mit manch guter Darbietung. Besonders erwähnenswert die tänzerische Leistung von Lore Pieper, Plötzlich, wie aus heiterem Himmel, verkünden die Ansager mit nichtsegender kläglichem Geste ein klägliches „Pause“... Wie der Inhalt eines Wassereimers auf das Publikum entleert und auch dementsprechend gewürdigt.

Unvermittelt stand der Vergleich der Stunde im Schulunterricht vor Augen als ein Beweis dafür, wie eine alle Stimmung zerstörende Schelle wirken kann. Immer macht der Ton die Musik und nicht umgekehrt, das dürfte auch für die Ansage einer Kammeroperette Geltung behalten. —ra

Lieder- und Arienabend Hilde Paulus

Das Programm, das Lieder von Schubert, Brahms, Hugo Wolf und Arien von Händel, Meyerbeer, Verdi u. a. enthält, war in seiner Gegensätzlichkeit so recht geeignet, stimmliche und künstlerische Qualitäten zu zeigen. Eine umfangreiche Stimme gehorcht den Intentionen der Künstlerin in allen Lagen, in der Höhe für den engen räumlichen Rahmen (Munz-Saal) etwas forciert, dafür ausdrucksfähig in der Mitte und sehr wohlklingend, typischen Altcharakter offenbarend, in der Tiefe. Dank einer hohen Musikalität konnte Hilde Paulus die einzelnen Werke überzeugend gestalten. Am Flügel begleitete Kapellmeister Erich Sauerstein technisch sicher und mit großer Anpassungsvermögen. Das kleine Auditorium spendete beiden Künstlern herzlichen Beifall.

Passage - Palast

Pause...

An und für sich die Bezeichnung für die Unterbrechung einer abrollenden Handlung, vielleicht eines Schulunterrichts. Cäsars „bellum gallicum“ steht im Stundenpensum, der Herr Studienrat rückt seine Brille auf die Nase und nimmt seinen „Lieblingsschüler“ aufs Korn. „Mein lieber Schulz, so nun repetiere das zweite Kapitel. Bu 3, bitte...“ — Wie eine Bombe schlägt es bei unserem

ALLES GEHT ELEKTRISCH

Telegrammbote, Blutkörperchenzähler, Wolkenanalysator...

Es geht auch ohne Telegrammboten, wenn Sie sich den neuen elektrischen „Schreibtisch-Fax“ anschaffen. Oder wollen Sie Ihre Blutkörperchen zählen? Ein neuer elektrischer Zählapparat macht dies in drei bis vier Minuten. Vielleicht interessieren Sie auch die genauen Abmessungen der Wolken, die Luftfeuchtigkeit... kurz, wollen Sie wissen, wie es „dort droben“ aussieht? Dann schicken Sie den „Wolkenanalysator“ hoch und lassen Sie sich drahtlos Bericht erstatten.

Das Faksimiletelegramm per Draht.

Der „Schreibtisch-Fax“ ist die letzte amerikanische Erfindung, um Geschwindigkeit und Genauigkeit im Geschäftsverkehr zu steigern. Es ist eine Faksimile-Telegraphenmaschine, die neue Methoden bei der Übermittlung und beim Empfang von Telegrammen verwendet. Sie kann von jedem ohne vorherige Schulung bedient werden.

Der Absender eines Telegramms schreibt die Nachricht mit der Hand oder mit der Maschine nieder. Ein elektrischer Abtaster gleitet über die Niederschrift und überträgt elektrische Impulse auf das Empfangsgerät im Telegraphenamt, das mit dem Sendegerät durch eine elektrische Leitung verbunden ist. Der Empfänger liefert ein getreues Abbild der Meldung. Wenn das Telegraphenamt selbst senden will, wird der Schreibtisch-Fax automatisch zum Empfangsgerät. In diesem Fall wird ein besonderes leeres Blatt auf einen Zylinder gespannt und das Telegramm sofort aufgenommen. Dieses Blatt ist aus trockenem, elektroempfindlichem Papier, das von Ingenieuren der Western Union Company speziell zu diesem Zweck entwickelt wurde.

Der „Schreibtisch-Fax“ ist praktisch die Miniaturausgabe einer Faksimilemaschine der Western Union-Gesellschaft. Die Kosten des neuen Geräts wurden so weit reduziert, daß die mit dem neuen Apparat gesandten und aufgenommenen Telegramme zu normalen Telegrammgebühren berechnet werden können, und der Teilnehmer hat dazu noch den Vorteil, daß Zustellung und Abholung der Telegramme wegfallen.

Elektrische Blutuntersuchung.

Ein elektrisches Gerät zur schnellen und genauen Zählung der roten und weißen Blutkörperchen wurde von dem praktischen Arzt Dr. Glenn C. Wolf aus Mattoon im Staate Illinois erfunden. Der mittels Elektronenröhren arbeitende Apparat wurde von Dr. Wolf in zehnjähriger Freizeitarbeit entwickelt und vor einem Monat patentiert. Die zu zählenden Zellen werden besonders behandelt und fließen dann durch eine feine Pipette. Eine auf diese gerichtete Lichtquelle bewirkt, daß jede einzelne Zelle eine Lichtreflexion abgibt, die dann auf photoelektrischem Wege registriert wird. Auf diese Weise läßt sich die Anzahl der in einem Kubikmillimeter Blut enthaltenen Blutkörperchen genau feststellen. Die Verdünnung muß dabei etwas stärker sein als bei dem bisher üblichen Verfahren auf dem Objektträger unter dem Mikroskop. Durch die Verdünnungsmittel werden, je nach Wunsch, die roten oder weißen Zellen unsichtbar gemacht, erklärte der Erfinder — je nachdem welche Blutkörperchen nicht gezählt werden sollen. Dr. Wolf teilte mit, daß sein Gerät eine normale Zählung in drei bis vier Minuten ermöglicht gegenüber zehn oder mehr Minuten bei der bisherigen Methode, die Zellen mit Hilfe des Mikroskops auf dem Objektträger einzeln zu zählen. Das Gerät läßt sich auch verwenden, um die Konzentration bestimmter Einzelzellen in flüssigen Lösungen zu ermitteln, eine Untersuchung, die bei der Herstellung zahlreicher Flüssigkeiten notwendig ist.

Der drahtlose Wetterfrosch.

Ein Instrument, mit dem sich Ausdehnung, Höhe und Dichtigkeit von Wolken ermitteln lassen, wurde von Wissenschaftlern der General Electric Gesellschaft in Schenectady, New York, entwickelt. Dieser „Wolkenanalysator“ wird von einem Wetterballon in die obere Atmosphäre getragen und gibt pro Minute 120 drahtlose Meldungen an die Bodenstation. Aus den übermittelten Zeichen kann man die Höhenlage einer Wolke, die Höhe ihrer Basis und ihres Gipfelpunktes und ihre Dichtigkeit entnehmen. Andere Instrumente des Wetterballons melden die Temperatur, den Luftdruck und die relative Feuchtigkeit. Zur Messung letzterer wird der Widerstand eines elektrischen Stromes gemessen, der durch einen mit Salzlösung getränkten Faden fließt. Gleitet der Ballon durch eine dichte Wolke, so nimmt der Faden Feuchtigkeit auf und verbessert dadurch seine elektrische Leitfähigkeit. Ist der Widerstand gering, so ist dies ein Zeichen für Wasser und Regen. Steigt der Widerstand dagegen an, so bedeutet dies geringere Luftfeuchtigkeit.

Reitstiefel-Legende

von Hermann Böhme

St. Peter geht über den großen Himmelshof an das Tor, an das es soeben geklopft hat, und zwar ziemlich heftig. Es ist Mittagszeit, und er hat ein wenig geduselt. Seine Laune ist nicht sehr rosig. Aber Dienst ist Dienst. Und so öffnet er. Vor ihm steht ein Herr mittleren Alters, schlanke Taille, hohe Reitstiefel, den Kopf unterm Arm.

„Ah“, schnarrt der Kopf, „haben wohl geschlafen?“ Petrus hat pflichtgemäß seine Mülllaune bereits überwunden. Er sieht über die Stelle, an der der Kopf steht, gleichgültig in die Leere der Unendlichkeit. Seine langjährigen himmlischen Erfahrungen haben aus dem ehemaligen irdischen Choliker fast einen ausgeglicheneren Phlegmatiker gemacht. Dann winkt er den Stiefeln näherzutreten, die das mit der gebührenden Förmlichkeit, und einem dienstbaren beflügelten Geist, dem er befiehlt: „Führe den Zugang in die Reparaturwerkstatt!“

Am Spätnachmittag ist die Instandsetzung vollendet. Der Herr steht zur Besichtigung und zur Entscheidung über seinen weiteren Verbleib vor Petrus. Der mustert ihn von oben bis unten: Die Reparatur ist einwandfrei gelungen. Der Kopf sitzt dort, wohin er gehört. Die Stiefel glänzen in einem geraden ortsgemäßen Glanz. Nur die Achselstücke, denkt Petrus, die werden hinderlich sein, wenn die Flügel wachsen sollen.

Er befiehlt einem Cherubim, sie abzutrennen. Der will sein Schwert ansetzen, da fährt der Herr, krebsrot im Gesicht, herum, schaut den Cherubim entsetzlich drohend an, daß der zurückweicht, und brüllt, daß es über den ganzen Himmelsraum dröhnt: „Wer wagt, mich anzurühren, den schicke ich zur Hölle! Wissen wohl nicht, wer ich bin, was? Sind ja tolle Zustände in diesem Saustall! Keine Respekt vor Uniform und Rangabzeichen! Werd euch schon Zucht beibringen! Höchste Zeit, daß ich meine Mütze...“

So tobt der Herr in maßloser Empörung, ohne ein Ende zu finden und ohne die geringste Verlegenheit um Abwechslung in seinen Insultationen.

St. Peter, der von den Zugängen bisher nur Dankbarkeit für ihre Aufnahme in die himm-

Denkschrift des deutschen Forschungsrates an Bundesregierung

Der deutsche Forschungsrat hat in einer von Professor Dr. Werner Heisenberg, Göttingen, unterzeichneten Denkschrift dringend um Hilfe für die deutsche Forschung gebeten. Der eingehenden Begründung dieses Notrufes folgt die Zusammenfassung in drei Forderungen: Errichtung einer Dienststelle für Forschung beim Amt des Bundeskanzlers, Bildung eines Ausschusses für Forschungsangelegenheiten beim Bundesrat und formelle Anerkennung des deutschen Forschungsrates als Beratungsinstanz in Forschungsangelegenheiten.

In der Denkschrift heißt es im einzelnen u. a.: „Bodenschätze, Wasserkraft, Bodenfruchtbarkeit und wissenschaftliche Forschung sind die Ausgangspunkte des wirtschaftlichen Gedehens jedes Landes. Je weniger die natürlichen Vorkommen zureichen, umso mehr steigt die Bedeutung der Forschung. Ein moderner Seesdampfer ohne Funklenkung ist unvorstellbar. Gleiches gilt für eine moderne Wirtschaft ohne wissenschaftliche Forschung. Kaum ein anderes Land der Welt hat so unmittelbar materiellen Nutzen aus reinen, zunächst nicht zweckgebundenen wissenschaftlichen Erkenntnissen gezogen wie Deutschland.“

Die Denkschrift führt als Beispiele die chemische und die optische Industrie, die Metall-

urgie und die Züchtungsforschung an. Auf diesen Gebieten sei wirtschaftliche Blüte die Folge wissenschaftlicher Pionierarbeit gewesen.

Jedoch sei in Deutschland die öffentliche Fürsorge für wissenschaftliche Forschung seit vielen Jahren völlig unzureichend gewesen. Die Denkschrift führt dafür eine Reihe von Beispielen an. Der wissenschaftliche Sachetat an den Hochschulen, an dem entscheidend die Möglichkeit der Forschung hänge, sei so niedrig, daß z. B. in Niedersachsen auf den Kopf der Bevölkerung für diesen bedeutsamen Sachetat der Landesuniversität im Jahr noch nicht 5 Pfennig kämen. Die Verwaltungskosten des Wohnungsamtes einer einzigen Stadt oder ihr Theaterzuschuß lägen bereits in ähnlicher Höhe wie der Sachetat einer Landesuniversität. Die wirtschaftliche Lage des Forschungsnachwuchses, der für die Öffentlichkeit an Wert den Bodenschätzen der Landwirtschaft nicht nachstehe, sei z. T. völlig trostlos. Selbst der anerkannte Forscher müsse heute in Deutschland einen großen Teil seiner wertvollen Zeit und Kraft darauf verwenden, bei Ministerien, bei der Wirtschaft oder bei ausländischen Stellen „betteln“ zu gehen, um seine Arbeit ausführen zu können, deren Ergebnisse später stillschweigend und selbstverständlich ausgenutzt würden. Für die Durchschnittskosten eines einzigen Kilometers Reichsautobahn könnte man ein modernes, vollwertiges naturwissenschaftliches Forschungsinstitut erbauen und einrichten. Für die gesamte medizinische Forschung werde augenblicklich in Westdeutschland ein Gesamtbetrag ausgegeben, der nur in pro Mille der Verwaltungskosten der öffentlichen Krankenkassen ausgedrückt werden könne.

„Aus dem Gesagten ergibt sich die Notwendigkeit“, so führt die Denkschrift aus, „innerhalb der Bundesregierung eine verantwortliche Dienststelle für die gesamtdeutschen Angelegenheiten der wissenschaftlichen Forschung vorzusehen. Diese Dienststelle hat die Aufgabe, die der Bundesaufsicht zufallenden, teils schon vorhandenen, teils noch zu errichtenden Forschungsanstalten und Körperschaften zu betreuen, ferner die Gesetzgebungsaufgaben auf diesem Gebiet zu besorgen und die für die wissenschaftliche Forschung im Bundeshaushalt ausgeworfenen Mittel etatsrechtlich zu verwalten, insbesondere auf die genannten wichtigsten Forschungsträger zu verteilen.“

Der Wirkungsbereich der naturwissenschaftlichen Forschung, betont die Denkschrift, durchdringe alle Lebensgebiete. Die gewerbliche, Ernährungs- und Verkehrswirtschaft und die Volksgesundheit würden durch die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung begünstigt. Der universelle Charakter der Forschungsaufgaben lasse es als geboten erscheinen, daß die für sie zuständige Stelle der Bundesregierung zentral und nicht fachressortmäßig gebunden, d. h. beim Amt des Bundeskanzlers selbst eingerichtet werde. Durch eine solche organisatorische Entscheidung würde auch der überragende Rang der Forschungsaufgaben anerkannt und ihrer fruchtbareren Entfaltung im Existenzkampf des deutschen Volkes der Weg geebnet werden.

Im Austausch amerikanischer und deutscher Hochschullehrer werden die Frankfurter Professoren Dr. Helmuth Coing und Dr. Heinz Saueremann im kommenden Wintersemester an der Universität Chicago lehren.

Der frühere und erste Generaldirektor der UNESCO, Julian Huxley, (Großbritannien), wurde am Freitag vom Exekutivrat der UNESCO zum Ehrenbeirat der Gesellschaft ernannt. Die Eisenbahndirektion Mainz nimmt eine neuartige „fliegende“ Röntgenschirmbildstation zur Tuberkuloseüberwachung in Betrieb, einen umgebauten D-Zugwagen mit einer vollständigen Schirmbildeinrichtung.

KULTUR-NOTIZEN

Der bedeutende dänische Physiologe und Nobelpreisträger, Professor August Krogh, ist am Dienstag im 78. Lebensjahr in Kopenhagen gestorben. August Krogh, der lange Jahre Professor für Tierphysiologie in Kopenhagen war, war eine internationale Kapazität auf dem Gebiet der Physiologie der Haargefäße und des Gaswechsels bei der Atmung.

Der „Tag der Tiere“ wird von deutschen Tierfreunden in diesem Jahr zum ersten Male am 4. Oktober begangen werden. Auf Wunsch des Leiters des deutschen Tierschutzbundes, Oberbürgermeister Dr. Kolb, Frankfurt, wurde der Termin auf den Todestag des Heiligen Franz von Assisi verlegt.

Der Freiburger Historiker Professor Dr. Gerhard Ritter wurde zum Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands gewählt.

Der dritte Nachkriegs-Kongress des deutschen Esperanto-Bundes soll Pfingsten 1950 in der Universität Mainz stattfinden. Erwartet werden etwa 1500 deutsche und 2300 Esperantisten aus England, Irland, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und der Schweiz.

Ronnev zu hängen, um nur ja das Konterfei dieser bewährten Tiere jeden Tag vor Augen haben.

Ich benützte meinen Aufenthalt in der City außerdem dazu, einige Erkundigungen in den Wettagenturen einzuziehen, und ich darf sagen, ich hatte Erfolg. Denn was mir der Besuch bei Barbour and Cohen und bei der Bank von England nicht verraten konnte, das erfuhr ich bei den Wettagenturen. Ich weiß jetzt, wo Sir Archibalds Vermögen blieb.

„Und wo ist es?“ riefen alle wie aus einem Munde.

Der Captain war unverschämt genug, sich ausgerechnet in diesem Moment eine Zigarette anzuzünden, wie es leider auch in den Big-Toddy-Büchern in solchen Augenblicken üblich war. Endlich schnippte er das Zündholz fort.

„Dort“, sagte er und sah dem Streichholz nach. — im Eimer! Der Baronet hatte alles verspielt. Er war ein ruiniertes Mann als er starb.“

Inspektor Torsten sprang vom Stuhl auf und begann so an seinem Schnurrbart zu zerren, daß Griffins Angst bekam, er würde ihn sich ausreißen.

„Zum Teufel!“ schrie der Inspektor, dann aber besann er sich noch rechtzeitig auf die Gegenwart einer Dame und entschuldigte sich durch eine Verbeugung bei Jane. „Ich wollte natürlich sagen Donnerwetter! Wie stimmt das mit dem Depot von 90 000 Pfund zusammen, das der Butler herausgeholt hat?“

„Tja“, schmaufte der Captain, „jetzt kommt das Seltsamste: der Baronet war nämlich schon vor etwa einem Jahr, als er Garner in Dienst nahm, ziemlich ruiniert, 90 000 Pfund aber kann er zu der Zeit, wo er das Depot errichtete — und das zumindest hat er unbestreitbar selbst getan — niemals besessen haben.“

DER MANN MIT DER Greifenklaue

Kriminalroman von Bigg Toddy Alle Rechte Prometheus-Verlag, Gröbenzell

48. Fortsetzung

Der Täter hatte wohl Kenntnis, obschon die Spiegel unverletzt waren und der Erblasser den Inhalt kaum bekanntgegeben haben dürfte. Endlich zum letzten, weiß ich nicht zu erklären, wer den Baronet veranlaßt haben konnte sein gesamtes Vermögen flüssig zu machen, auf Depot zu legen und den Depotschein — ja vielleicht sogar die richtigen Ausweispapiere seinem Butler Garner zu überlassen, ohne jemals Verdacht zu schöpfen.

Inspektor Torsten meldete sich. Sein Bart hatte sich gestraubt, als soviel Schlechtigkeit eines Mannes zutage kam, den er beinahe als einen Hauptzeugen verwendet hätte. Nun war er bemüht, durch eine um so kühnere Theorie zu glänzen.

„Sie sagten einmal etwas Lateinisches, Captain: wem nützt es — das war die Grundlage der Römer, wenn sie einen Lumpen fangen wollten. Nun mir macht es ganz den Anschein, als wäre dieser arme, bedauernswerte Baronet in den Klauen einer Verbrecherbande gewesen, die ihm Garner auf den Hals gesetzt und die, außer ihm selbst, zumindest noch ein Mitglied hatte. Wir sollten uns zunächst den Mann ansehen, der durch die Todesfälle Sir Archibalds und Onkel Sidneys gewinnt, und das ist — doch Duff, von dem Sie sagen, daß er zudem nach London gefahren sei, ohne ein bestimmtes Ziel anzugeben. Warum soll ihn sein noch nicht überprüfter Reichtum vor dem

Verdacht schützen, der sich notwendig gegen ihn richten muß? Auch von Sir Archibald glaubten wir, daß er wohlhabend wäre und dennoch fanden wir bis heute noch nicht mehr als 5000 Pfund wirklicher Barwerte!“

Tom nickte zustimmend zu den letzten Worten.

„Onkel Duff ist sicherlich so unschuldig wie ein Konfirmand, aber näher anleuchten schadet in diesem Falle niemand. Am wichtigsten erscheint es mir, die Spur zu verfolgen, die uns zu dem verschwundenen Ferrymore-Vermögen führen muß. Irgendwo müssen doch die Summen versteckt sein.“

„Ach, das Geld!“ rief Torsten aus. „Das hat der Mörder! Da kommen wir nicht mehr ran, ehe wir ihn nicht selber am Kragen haben.“

Doch all diese Vorschläge machten keinen großen Eindruck auf Captain Griffins. Er sah Tom spöttisch an.

„Dein Big-Toddy-Verstand scheint nach dem letztmaligen Aufblitzen nun endgültig schlafen gegangen zu sein. Heute mittag warst du bedeutend besser auf der Höhe, mein Junge! Denn du selber hast mir bisher den göttlichsten Tip dieses verwinkelten Falles gegeben, als du mich auf die Pferdephotographien in Sir Archibalds Arbeitszimmer aufmerksam machtest. Wer anders als ein wahnwitziger Rennsportler kommt auf den Gedanken, das Lichtbild der Stute „Blauer Pfeil“ oder des Dreijährigen „Federball“ neben einen echten

„Dann konnte man ihm aber auch nichts mehr fortnehmen!“ tobte Torsten. „Und wir sind wieder so weit wie zuvor!“

In diesem Augenblick klopfte es zaghaft. Der Polizist Fletcher stand in der Tür und salutierte.

„Verzeihen Sie, Inspektor“, flüsterte er, „ein Herr ist angekommen und möchte Sie sprechen. Er sagte, daß er Ferrymore heißt.“

Aber da schob sich schon ein rundlicher, ziemlich erhaltener Mann zur Tür herein und hob den Zylinder, mit dem er seinen Kugelkopf bedeckt hatte. Es war — Onkel Duff.

10. Kapitel

Der Landstreicher

Sir Duff — er hatte sich einen Titel gekauft und betonte diesen Umstand, kaum daß er sich bekannt gemacht hatte — war ein äußerst beweglicher und lebhafter Herr. Ebe eine halbe Stunde vergangen war, gab es niemanden mehr, der über Sir Duffs Meinung, diese Welt betreffend, noch im unklaren gewesen wäre. Da er in Begleitung eines Dieners gekommen war und man sich im Hause aus gewissen Gründen in Verlegenheit eines Butlers befand, konnte Bob dieses Amt mit gültiger Bewilligung seines Herren vorläufig übernehmen. Die Folge war, daß sich bald ein ergiebiger Imbiß in Begleitung etlicher Flaschen auf den Weg machte, um die Gesellschaft bei Kräften zu halten.

Inzwischen war es Abend geworden und man hätte nicht gemeint in einem unheimlichen Mordhause zu sein, denn seit dem Eintreffen Sir Duffs nahmen Gelächter und Unterhaltung kein Ende mehr.

Gegen sieben Uhr endlich fand Captain Griffins die Möglichkeit, an Sir Duff einige Fragen zu stellen, weil dieser mit einer dicken Havannazigarre beschäftigt und somit für einige Zeit verhindert war, den Mund zum Sprechen zu gebrauchen.

Fortsetzung folgt.



Neue Rußlandheimkehrer

Karlsruhe-Stadt: Ruder Fritz, 23. 3. 14, Schückstr. 9, Lg. 7168/14; Aupel Helmut, 10. 4. 15, Aug.-Dürerstr. 7, Lg. 7168/14; Mühl Egon, 28. 9. 04, Luisenstr. 18, Lg. 7168/11; Haas Kurt, 24. 10. 08, Durlach, Weinstr. 19, Lg. 7504/12; Dumer Alfred, 19. 6. 22, Durlach, Jägerstr. 18, Lg. 7504/2; Probst Kurt, 10. 4. 05, Douglasstr. 24, Lg. 7189/6; Weick Karl, 14. 7. 06, Pfalzstr. 12, Lg. 7471/4; Keller Gerhard, 19. 10. 21, Kurfürstenstr. 18, Lg. 7168/11; Schatz Friedrich, 9. 7. 13, Durlach, Hildebrandstr., Lg. 7168/11; Fischer Karl, 30. 8. 16, Georgstr. 12, Lg. 7168/12; Dossbach Walter, 9. 12. 17, Boeckstr. 16a, Lg. 7160/14; Schabner Rudolf, 22. 9. 15, Castilienstr. 3, Lg. 7504/2; Schiffhauer Karl, 17. 1. 15, Hennebergstr. 23, Lg. 7504/3; Lichtenberger Friedrich, 5. 9. 23, Nollstr. 8, Lg. 7471/12; Lehnert Kurt, 27. 10. 29, Ruppurrerstr. 8, Lg. 7471/4; Gerstl Artur, 26. 8. 23, Kaiserstr. 126, Lg. 7504/2; Zölzer Eug., 27. 12. 08, Durlacherstr. 73, Lg. 7471/12.

Karlsruhe-Land: Kölmehl Adolf, 19. 2. 16, Ettlingen, Lg. 7471; Seeger Helmut, 29. 3. 20, Kleinsteinhach, Lg. 1673; Riegel Richard, 18. 12. 21, Kirrlach, Lg. 7168/12; Veith Walter, 10. 2. 22, Ruit, Lg. 7168/11; Rabold Anton, 23. 2. 15, Burbach, Lg. 7168/6; Schafelberger Wilhelm, 22. 4. 18, Weingarten, Lg. 7168/11; Scheidle Otto, 10. 12. 26, Blankenloch, Lg. 7471; Knobloch August, 19. 10. 17, Eggenstein, Lg. 7504/2; Abend Anton, 14. 11. 39, Burbach, Lg. 7168/11; Prigelin Erwin, 10. 7. 11, Grünwettersbach, Lg. 7168/11; Burkert Josef, 13. 2. 14, Mörsch, Lg. 7168/14; Schönbrunn Heinz, 15. 6. 20, Rußheim, Lg. 7168/11; Bräuning Karl, 10. 8. 13, Blankenloch, Lg. 7504/3; Bäuerle Karl, 15. 1. 17, Ettlingen, Lg. 7504.

Von Bruhrainer Arbeitsmarkt

Jeder 15. Erwachsene ist arbeitslos — Nahezu eine halbe Million Arbeitslosenunterstützung

Philippsburg. Das Arbeitsamt Philippsburg hat einen Bezirk mit ausgesprochen ländlichem Charakter zu betreten. Größere Industrie ist nicht vorhanden. Etwa 25 Prozent der Arbeiter müssen ihr Brot außerhalb verdienen, so z. B. in Mannheim, Bruchsal und Karlsruhe. Das Gebiet umfaßt 9 Dörfer mit etwa 30 000 Einwohnern. Die Gesamtzahl der in Arbeit stehenden Personen beträgt jetzt 8 425, davon sind 5 705 Männer und 2 720 Frauen. Am Stichtag der Währungsreform standen 8 463 Personen in Arbeit. Allerdings zeigen sich große Veränderungen hinsichtlich der Ziffern für die Arbeitslosigkeit. Am Stichtag der Währungsreform waren insgesamt 251 männliche und 46 weibliche Arbeitskräfte als arbeitslos registriert. Jetzt sind die Zahlen auf 435 bzw. 315 gestiegen, also ein Anstieg um 170 Prozent. Demnach ist jeder 41. der gesamten Bevölkerung arbeitslos, oder etwa jeder 15. Erwachsene. Weit schlimmer war aber die Lage im Monat Juni, als 1041 Arbeitslose gemeldet waren. Erfreulich ist, daß die Zahl seitdem ständig im Sinken ist.

Unterstützung erhalten zur Zeit 355 männliche und 173 weibliche Arbeitslosen; das sind 78 Prozent der Männer und 62 Prozent der

Frauen, die zur Zeit ohne Arbeit sind. Der Durchschnittssatz der gewährten Unterstützung beträgt pro Woche etwa 25 DM. Das ergibt ein Gesamtbetrag von 13 300 DM für eine Woche. Ab Januar dieses Jahres wurden demnach fast 500 000 DM ausgezahlt. Der Anstieg der Arbeitslosenziffer war bedingt durch größere Entlassungen in einigen Industriezweigen des Metallgewerbes, der Schmuckwarenindustrie und Zuckerindustrie. Im Baugewerbe wurden lediglich Hilfsarbeiter entlassen.

Als einzig erfreuliche Tatsache ist die große Beschäftigungszunahme in der Tabakindustrie zu verzeichnen. Vor einem Jahr waren in 32 Tabakfabriken insgesamt 960 Personen beschäftigt, jetzt sind es mit 1640 rund 70 Prozent mehr, davon 1595 weibliche und nur 45 männliche Personen. Leider ist das Bild bei der Zuckerindustrie; die sonst einen großen Teil Arbeiter aufnahm, nicht so günstig. Vor einem Jahr standen 658 Leute in Arbeit, jetzt sind es weniger als die Hälfte, nämlich nur 300.

Das Bild, das aus den statistischen Zahlen gewonnen wird, ist zwar im Augenblick nicht so niederdrückend, wie in einem ausgesprochenen Industriebezirk, aber es sind leider wenig Hoffnungen vorhanden, daß die Zahl der Arbeitslosen auf ein erträgliches Maß herabsinkt und sich die finanzielle Lage der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerungsschicht in absehbarer Zeit bessern wird. Gerade das Saisongeschäft der Zuckerfabrik kann in diesem Herbst, in Anbetracht der geringen Ernte, weniger Leute als früher aufnehmen. Ebenso wird es fraglich sein, ob die Schmuckindustrie ohne bedeutende Auftragsaufträge ihre alten Beschäftigungsziffern erreichen wird. Auch ist zu befürchten, daß im Baugewerbe ein Teil der Facharbeiter bei Eintritt des Winters ihren Arbeitsplatz verlieren werden, so daß das relativ günstige Bild im Augenblick sich mit Sicherheit verschlechtern muß. **Aba.**



Bretten. Eine Arbeiterkolonne ist seit einigen Tagen dabei, am Brühlgraben an der Wilhelmstraße Bäume und Strauchwerk zu beseitigen, um damit die Vorbedingungen zu schaffen zu einer Verlegung dieses Baches, der künftig in geradliniger Führung an der Wilhelmstraße entlang fließen soll. Außer der damit zu erzielenden Bachregulierung und eines schnelleren Laufes will man dadurch vor allem das Fabrikgelände der Fa. Lämle Nachf. vergrößern. Nach Fertigstellung dieser im Rahmen von Notstandsarbeiten durchgeführten Planungen will die Herdfabrik etwa 60 Mann der hier eingesetzten Gruppe übernehmen, da sie dann auf dem gewonnenen Raum eine dringend benötigte neue Montagehalle errichten will. — Sonntagrückfahrkarten werden beim hiesigen Bahnhof für Reisen zur Ausstellungswoche des Landesverbandes der Obst- und Gartenbauvereine in Ludwigsburg vom 24. September bis 2. Oktober ausgeben. Die Karten gelten zur Rückfahrt nur, wenn sie den Stempel der Ausstellungskasse tragen.

Bretten. Der kürzlich in Karlsruhe mit großem Erfolg aufgetretene bekannte Telepath und Hellseher Carl Sunda gastierte am Sonntag im „Badischen Hof“ und überraschte auch hier mit verblüffenden und zum Teil noch nicht erlebten Proben seiner Kunst. Daß er dabei nicht auf billige Sensationshascherei ausging, sondern in Vortrag und Experiment belehrend und aufklärend wirkte, machte den Abend besonders wertvoll und zu einer wissenschaftlichen Demonstration.

Büchig. Durch das Gesundheitsamt Karlsruhe wurden von mehreren hiesigen Brunnen Proben entnommen und eingehend untersucht. In mehreren Fällen wurden Krankheitserreger festgestellt, da die Anlagen zum Teil den hygienischen Anforderungen nicht entsprechen. Es wird deshalb dringend davor gewarnt, das Wasser in nicht abgekochtem Zustand zu genießen. Der Bau einer Wasserleitung, der schon lange geplant ist, wird damit erneut akut, und es ist zu hoffen, daß die finanziellen Schwierigkeiten, die bisher immer wieder der Durchführung des Projektes im Wege standen, bald einmal überwunden werden.

Der Überfluß schmilzt zusammen

Aus der Kreisratssitzung des Landkreises Karlsruhe

Unter dem Vorsitz von Landrat Groß trat der Kreisrat erneut zusammen. Den wichtigsten Punkt und zugleich die unangenehmste Überraschung der Tagesordnung bildeten die hohen Zahlungsnachforderungen des Landes für verschiedene Haushaltsposten. Durch eine nachträgliche Erhöhung von Lehrstellen bedingt, forderte der Staat größere Nachzahlungen an Lehrerstellenbeiträgen für das Haushaltsjahr 1948, was sich besonders bei den Gewerbeschulen, Handelsschulen und Landwirtschaftsschulen bemerkbar macht. Da jedoch teilweise bereits im vorigen Jahr höhere Beträge als gefordert, bezahlt worden waren, — andererseits im diesjährigen Haushalt höhere Summen, als angefordert, bereitgestellt sind, gleicht sich auf dem Gebiet des Schulwesens der geplante Haushalt gerade noch aus. Es wurde aber von Seiten der Abgeordneten starke Kritik an der Tatsache geübt, daß die Gemeinden dem Staat gegenüber dazu verpflichtet sind, über 50 Prozent der Gelder für die Lehrer zu tragen, ohne daß ihnen dafür ein Mitbestimmungsrecht in Bezug auf die Besetzung der Lehrstellen gegeben wird. Es wurden zwei Wege zur Lösung dieses Problems erörtert: Entweder der Staat übernimmt alle Kosten der Erziehung allein und behält sich wie bisher das ausschließliche Bestimmungsrecht auf diesem Gebiet vor, oder er läßt unter Beibehaltung der bisherigen Kostenteilung die Gemeinden in der Wahl ihrer Lehrer mitbestimmen.

Wesentlich schwerer belastet die staatliche Nachforderung von Geldern für den Straßenbau und die Wohlfahrtspflege den Haushalt des Kreises. Trotzdem hätte die Nachzahlung in Höhe von 190 000 DM für das letzte Haushaltsjahr bezahlt werden können, wenn die

Anforderung rechtzeitig gekommen wäre. So aber sind die als Ueberschuß verbuchten Gelder bereits im neuen Haushalt mitverwendet worden. Die Anforderung für den Ausbau der Straßen erster Ordnung im Haushaltsjahr 1949 ist jedoch für die Kreise völlig untragbar. Das Land hat im neuen Haushalt rund 3 Millionen DM mehr eingesetzt, ohne daß dieser Mehraufwand, der zu 70 Prozent von den Kreisen getragen werden muß, in den einzelnen Haushaltsplänen berücksichtigt werden konnte, da er durch den Staat erst nach Fertigstellung der Kreishaushalte bekanntgegeben wurde. Von den Abgeordneten wurde einstimmig festgestellt, daß der Staat sich seine Ausgaben vorher hätte überlegen und die Kreise zur Beratung zuziehen müssen. Von den Gemeinden forderte man auch einen geordneten Haushaltsplan, der rechtzeitig fertig sei, dasselbe müsse man vom Staat verlangen. In Anbetracht des hohen Anteils der Kreise an den Straßenbaugeldern des Landes, — der Staat übernimmt pro Kilometer nur 800 DM gegenüber 4200 DM der Gemeinden! — müsse man diesen auch ein beratendes Recht bei den Planungen zubilligen. Der Kreisrat beauftragte Landrat Groß, sich in dieser Frage mit den gleichermaßen betroffenen Land- und Stadtkreisen in Verbindung zu setzen, um ein geschlossenes Vorgehen des Verbandes württemberg-badischer Landkreise und des Städteverbandes zu erörtern. Bis dahin sollen die Gelder für das Haushaltsjahr 1949 gestundet werden, während der Kreis bereit ist, die Nachforderung für 1948 zu bezahlen. **W. H.**

40 Jahre Rotes Kreuz

Spöck. Das Rote Kreuz, Ortsverein Spöck, feierte am vergangenen Sonntag sein 40jähriges Bestehen. Der Vorsitzende des Ortsvereins, E. Hecht, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und Mitglieder des Vereins und gedachte der segensreichen Arbeit des Roten Kreuzes und des stets opferbereiten Einsatzes seiner Mitglieder in den verfloßenen 40 Jahren. Der Geschäftsführer des Kreisvereins, Plimm, übermittelte die Grüße und Glückwünsche des Präsidenten des Landesvereins, Dr. Umhauer, sowie des Vorsitzenden des Kreisvereins, Beigeordneten Dr. Ball und gab seinen umfassenden Bericht über die großen Leistungen des Roten Kreuzes im Kampf gegen die Not im vergangenen Berichtsjahr.

Anschließend führte der Kreisbereitschaftsleiter Meier, Durlach, die Ehrung der Jubilare für 40- und 20jährige Dienstzeit durch und überreichte jedem eine künstlerisch ausgestaltete Ehrenurkunde. Er selbst, einer der ältesten aktiven Rotkreuzmänner unseres Kreises,

fand für jeden einzelnen seiner alten Kameraden persönliche Worte der Anerkennung und des Dankes.

Für 40jährige Dienstzeit im Roten Kreuz wurden folgende aktiven Mitglieder ausgezeichnet: Albert Gruber, Max Fetzner, Karl Paulus, Friedrich Mayer, Karl Schuß, Friedrich Rölller, Emil Lang.

Der Vorsitzende des Ortsvereins, E. Hecht, überreichte diesen Gründungsmitgliedern der ehemaligen Sanitätskolonne eine besondere Ehrenurkunde des Ortsvereins, sowie eine Ehrennadel und gedachte besonders der großen Verdienste des ehemaligen Gründers, Emil Groß. Der Bürgermeister der Gemeinde Spöck, F. Meier, selbst Mitglied des Ortsvereins, dankte dem Roten Kreuz für seine segensreiche Tätigkeit in den vergangenen 40 Jahren und sprach den Jubilaren im Namen der Gemeinde seinen Dank und Glückwunsch aus.

Wohin heute Abend?

Mittwoch, den 21. September 1949, 19.30 Uhr: 1. Vorstellung für die Patenmutter B und Freier Kassenverkauf „DIE LUSTIGE WITWE“, Operette von Franz Lehár.

Schauburg „SCHMUGGLER VON SAIGON“, Ein neuer großer Abenteuerfilm, 13, 15, 17, 19, 21 Uhr.

PALI Das Farbfilmwunder „DER DIEB VON BAGDAD“, Täglich 11, 13, 15, 17, 19, 21 und 23 Uhr.

Gloria-Palast „MONSIEUR VINCENT“, Ein historischer Monumentalfilm, Täglich 13.00, 15.30, 18.30 und 20.30 Uhr.

Die Kurbel „KRACH IM HINTERHAUS“, 13, 15, 17, 19, 21 Uhr.

Rheingold „FABIOLA“, Das monumentale Filmwerk, Täglich 15, 18, 21 Uhr.

Atlantik „3 X KOMÖDIE“, Der große Lacherfolg, Täglich 13.00, 15.00, 17.00, 19.00 und 21.00 Uhr.

Skala „FABIOLA“, Das monumentale Filmwerk, Täglich 15, 18 und 21 Uhr.

Metropol „GHEMMIS IM HINTERHAUS“, Täglich 18.15 und 20.30 Uhr.

MT Durlach „KEIN WORT VON LIEBE“, Mit Rolf Wenck, Täglich: Ruf 580 14.30, 16.30, 18.30 und 20.30 Uhr.

KALI Durlach „DER HERR KANZLEIRAT“, mit Hans Moser, Täglich: 15.30, 18.15 und 20.30 Uhr.

Besucht das

Vereinsheim der Freien Spiel- u. Sportvereinigung

im **Parking-Stadion**

Gepflegte Getränke, eine gute Küche und kaltes Biefett, auch für anspruchsvolle Besucher, bei mäßigen Preisen

H. BERGER, METZGERMEISTER

Reich Co.

Bahnhofstraße 40 - Ruf 126

Büro-Möbel
Büro-Maschinen
Büro-Organisation
Frankier-Maschine „Postalia“

Für das fortschrittliche Büro...

DIKTIER-MASCHINE

Dinafon

Vertrieb in BADEN
Jng. Fr. Wilh. Gauske
TEL. 2975 KARLSRUHE KREUZSTR. 37

würzig mild mit dem betörenden Schmeckbild!

Urquell Steinhäger

Sonder-Angebot!
5000 Liter 1949er reiner

Obstsaff

schon vergoren, sofort zu verkaufen. Bei Abnahme von 500 Ltr. DM 0.45 p. Ltr. Ebenfalls empfehle ich mein Lokal für dieses billige Volksgetränk.

Gasthaus zum Adler
Otto Bucher
Pforzheim-Dillstein

Mehrere Schreibmaschinen und Additionsmaschinen zu verkaufen.

Ludwig Baum, Mech.-Meister
Karlsruhe, Werdnerstraße 58.
Telefon 2206.
Reparatur-Werkstätte für alle Büromaschinen.

28 starke Tulpenzwiebel-Prachtmischung

bester Sorten, 100% Miltend, frei Haus 4.35 DM Vorkasse, Nachnahme 0.90 DM Zustieg.

LUDWIG SONTAG
Pflanzen, Im-Export
(16) Steinlurth über Bad Nauheim
Postcheck - Konto Frankfurt 53 360.

Sämtliche Drucksachen

für **Industrie, Behörden und Privat** im Buch- und Rotationsdruck liefert in geschmackvoller Ausführung

Karlsruher Verlagsdruckerei G m b H.
Karlsruhe, Waldstraße 28 Telefon 7150/53

Zu verkaufen Schreibmaschinen

Packwagen 1 Ideal, wenig gebreucht, 360 DM; 1 Reisemaschine, mit 287 DM; 1 Reisemaschine, neu, 357 DM. Angebote unter 425 an „AZ“ Kbe., Waldstr. 28.

Existenz!
Chem. Technischer Betrieb zu verkaufen Angebote unter 420 an „AZ“ Karlsruhe, Waldstraße 28.